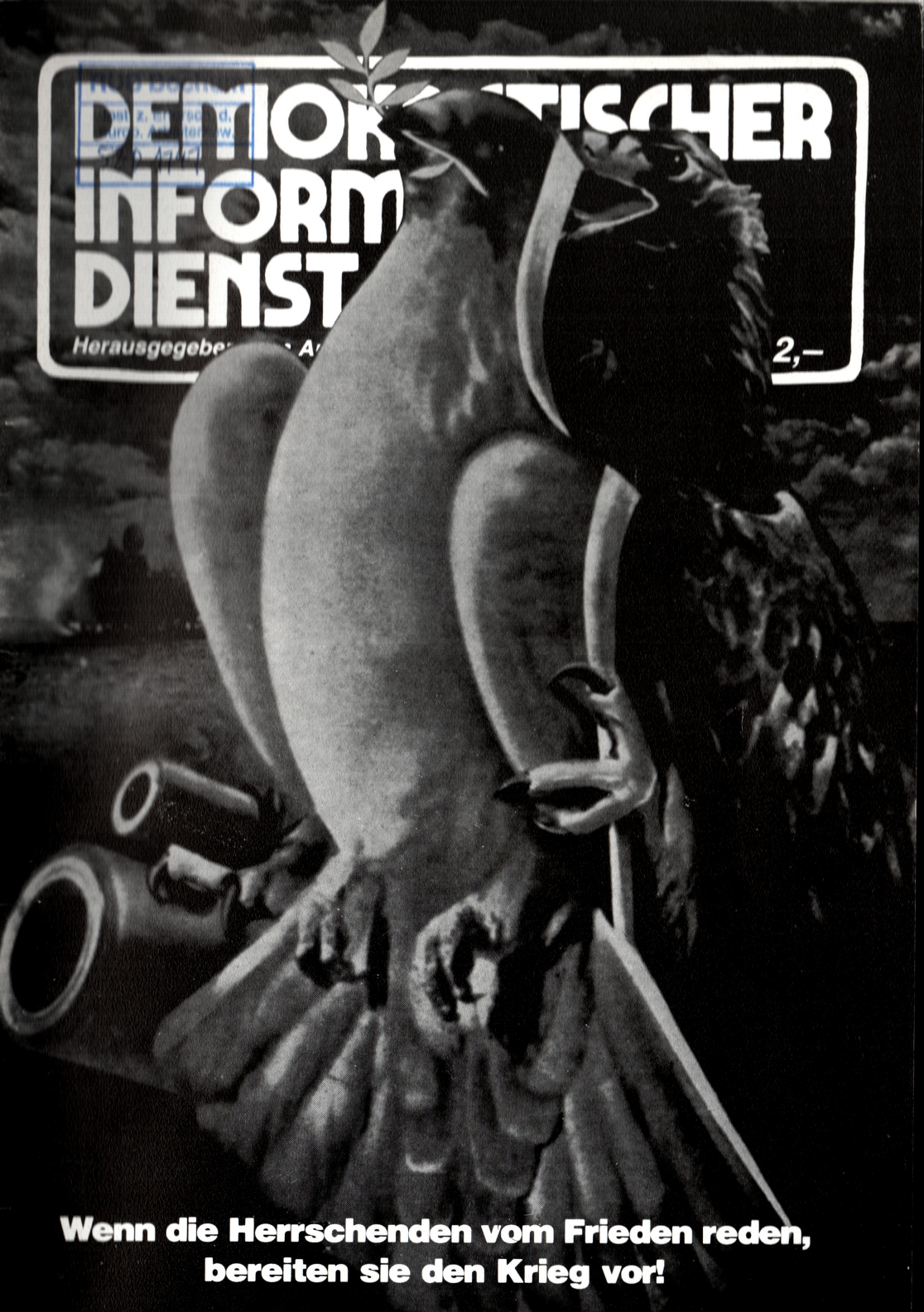


W. J. Besten
1981 2. Aufl. 80 d.
Kurs 3, A. 100 W.
C. 100 W.

DEMOKRATISCHER INFORMATIONS- DIENST

Herausgegeben von A. ...

2,-



**Wenn die Herrschenden vom Frieden reden,
bereiten sie den Krieg vor!**

Inhaltsverzeichnis:

Wenn die Herrschenden vom Frieden reden, bereiten sie den Krieg vor!.....	Seite 3
Strauß: „Wenn Du den Krieg willst, dann rede vom Frieden.“.....	Seite 9
Wem nutzt der Terror?.....	Seite 12
Strauß in Aktion.....	Seite 16
Krieg in Südafrika.....	Seite 16
Rassismus ist machbar.....	Seite 28

Dieser DID ist die Nummer 59 vom September 1985

Das Flugblatt des ASK, das auf den Seiten 26 und 27 abgedruckt ist, wurde anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Strauß in einer Auflage von 12.000 Exemplaren an der Münchner Universität, in der Studentenstadt und in Arbeitervierteln verteilt.



Kardinalstaatssekretär Aloisius Höfer

„Und in das kluge Gesicht des Kardinalstaatssekretärs schob sich ein Lächeln, dessen Weisheit so alt wie die Kirche selbst zu sein schien.“

FAZ

Strauß hat ein Buch zusammengestellt, das „Verantwortung vor der Geschichte“ vortäuscht. Gespannt wartete man auf Enthüllungen seines Geschichtsbildes, doch heraus kam nur eine dürftige, platte Sammlung von Regierungserklärungen, Bayernkurier-Tiraden und öden Reden. Goethe und Schiller widmeten dem unglücklichen Kollegen vorausschauend zwei Xenien (220 und 223):

Der Halbvogel

*Fliegen möchte der Strauß, allein er rudert vergeblich,
Ungeschickt rühret der Fuß immer den leidigen Sand.*

Das mag hingehen. Hier aber unterschätzen sie, wie viele, seine bleibende Gefährlichkeit:

Dem Großsprecher

*Ofters nimmst du das Maul schon so voll und konntest nicht wirken,
Auch jetzt wirkst du nichts, nimm nur das Maul nicht so voll.*

Eingeleitet wird das Werk von dem brillanten Stilisten Gerold Tandler, Wirt zu Alt-Ötting. Ihm sind Phraseologie und Rechtschreibung durchaus gelungen, so daß die Verleihung einer politischen Ehrendoktorwürde auch an die Miniaturausgabe des Meisters zu erwarten ist.

Die neueste Weisheit:

Kardinal Wetter zur Abtreibung:
**So schrecklich wie der
Atompliz von Hiroshima**

Wenn die Herrschenden vom Frieden reden, bereiten sie den Krieg vor!



„Hitler heißt Krieg!“ Diese Warnung der Kommunisten wurde von vielen nicht ernst genommen, obwohl Hitler bereits 1924 in „Mein Kampf“ sein Kriegsziel deutlich genannt hatte:

„Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ (1*) In seiner ersten Rundfunkansprache am 1. Februar 1933 - zwei Tage nach der Machtübertragung - konnte man jedoch den Eindruck gewinnen, Hitler sei der Friedensengel in Person:

Die nationale Regierung „ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volk für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen

mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt, sich erfüllt. So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.“

Zwei Tage später, am 3. Februar 1933, hielt Hitler eine grundlegende Rede vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine, in der er den Generälen all das versprach, was er dann Stück für Stück wahr machte: Beseitigung aller Beschränkungen durch den Versailler Vertrag, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiedererrichtung des Generalstabs, eine neue Luftwaffe, Großkampfschiffe für die Marine, schwere Artillerie und Panzer für das Heer, Beseitigung jeder Kontrolle der Militärausgaben durch nationale oder internationale Instanzen. Nach den Notizen des Generalleutnants Liebmann führte Hitler dann weiter aus:

„Wie soll die politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht - und wohl besser - Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“ (2*)

Noch am selben Tag, wenige Stunden später, beteuerte er gegenüber Korrespondenten der englischen und amerikanischen Presse: „Jeder, der wie ich selbst, den Krieg kennt, weiß, welchen Verbrauch von Kräften er bedeutet. Über das, was ein etwaiger zukünftiger Krieg mit sich bringt, können nur Mutmaßungen angestellt werden. Daher wünscht niemand mehr Frieden und Ruhe als ich, als das deutsche Volk.“

In Worten verurteilte er den Krieg, in der Tat aber bereitete er den Krieg seit dem ersten Tag seines Machtantritts vor. Das hieß erstens Aufrüstung und zweitens Krieg gegen das eigene Volk. Diesen Krieg führte er im Namen und im Auftrag der Industrie und der Banken. Flick, Krupp, Siemens, Thyssen, Abs und wie die Finanziers der Nazis



Allgegenwärtige Friedenspropaganda der Nazis. Nirgendwo gab es ein Entrinnen vor Hitlers Friedensbeteuerungen.



Ergebnis der Friedenspropaganda (wie z.B. noch am Vorabend auf Polen - siehe Bild)

Hitlers Raubkriege vorforderten

55 MILLIONEN TOT

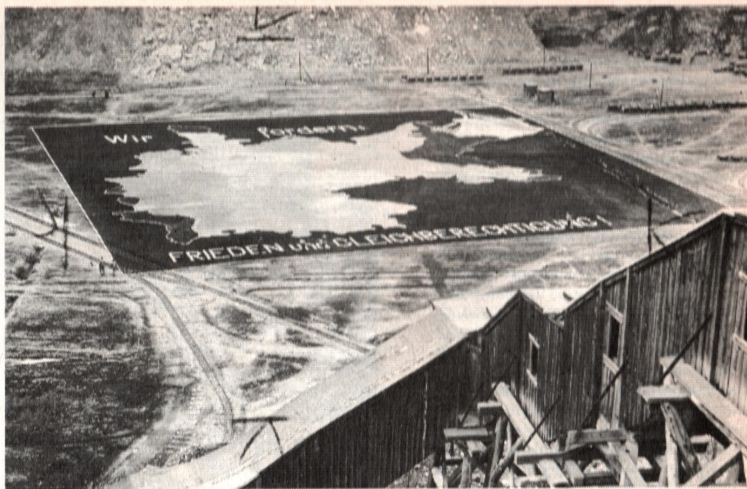




beteuerungen
arabend des Überfalls
unten rechts):

n 1939 bis 1945

E!



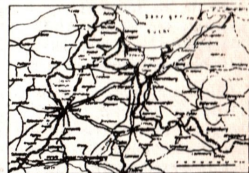
Extra-Blatt Berliner Lokal-Anzeiger

Polen lehnt ab!

Das sind Deutschlands
Vorschläge zur Friedenslösung
Londons Vermittlung von Polen zurückgewiesen
Warschau weigerte sich, einen bevollmächtigten
Unterhändler nach Berlin zu senden
Der Oberste Sowjet ratifiziert den Nichtigkeitspakt

Der Reichshof in Moskau

Adolf Hitlers großzügiges Angebot
Vorschlag für eine Regelung des Danzig-Korridorproblems
sowie der deutsch-polnischen Minderheitenfrage



Die Polen lehnen das deutsche Angebot ab. Sie haben die Vermittlung von London zurückgewiesen. Die Polen lehnen das deutsche Angebot ab. Sie haben die Vermittlung von London zurückgewiesen. Die Polen lehnen das deutsche Angebot ab. Sie haben die Vermittlung von London zurückgewiesen.

sonst noch geheißen haben, ihnen allen reichte das nicht mehr, was sie von der Arbeit der Werktätigen profitierten. Sie wollten mehr. Sie wollten das eigene Volk noch mehr auspressen, fremde Völker unterjochen, neue Märkte erobern, die Gebietsverluste des letzten Krieges wettmachen. Kurz, den Kampf um die Neuaufteilung der Welt nochmals beginnen. Dazu brauchten sie Ruhe im Land, die Parteien und Organisationen der Arbeiter mußten zerschlagen werden. Am 27. Februar 1933 zündeten die Nazis selber den Reichstag an, um endlich den Vorwand zum Losschlagen zu haben. An der Brandstätte sagte Hitler: „Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen, niemand wird uns nun daran hindern, den Kommunismus mit eiserner Faust zu vernichten.“ Allein in der Nacht zum 28. Februar wurden nach vorbereiteten Listen über 10.000 Arbeiterfunktionäre verhaftet und mit Lederpeitschen, Stahlruten und Eisenstangen in den Folterkellern der Polizei und der SA zusammengeschlagen. Am selben Tag unterzeichnete Reichspräsident Hindenburg eine Notverordnung, mit der alle verbürgten demokratischen Rechte der Weimarer Verfassung aufgehoben wurden. Über 400 Sondergesetze wurden in den folgenden Wochen erlassen, der Terror der Nazis wurde legalisiert. Im ganzen Reich entstanden Konzentrationslager, in die zunächst Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter verschleppt wurden. Tausende von Arbeitern und fortschrittlichen Demokraten wurden verfolgt, eingesperrt, gefoltert, ermordet. Das erste Volk, das von Hitler besiegt wurde, war das deutsche Volk. Das war die unabdingbare Voraussetzung, um den Krieg gegen andere Völker vom Zaun brechen zu können.



Aufrüstung zur Sicherung des Friedens

In der Öffentlichkeit gebärdete er sich aber so, als hätte er den Frieden gepachtet. Am 17. Mai 1933 hielt er im Reichstag eine Rede, die von Friedensbeteuerungen nur so strotzte:

„Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Grundlage heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. (...) Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ein gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichem Nichtangriffsakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit. (...) Die Deutsche Regierung wünscht, sich über alle schwierigen

Während ihre Transportzüge bereits an die polnische Grenze rollen, lesen die Soldaten in der Zeitung über Hitlers „großzügige Friedensangebote“. Der Weg in den Krieg wird darin bezeichnet als „Friedensweg zum Neubau Europas“.

Fragen mit den Nationen friedlich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jede militärische Aktion in Europa auch bei deren völligem Gelingen, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn.“

Wer gut zuhörte, konnte jedoch schon Einschränkungen für Hitlers Friedensliebe hören: nur wenn die anderen Mächte abrüsteten, würde Deutschland das gleiche tun. Natürlich sei die eigene Rüstung lediglich zur Verteidigung bestimmt, beteuert er vielfach; ... ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens ...“ (9. 3. 35) „um unser Volk zu schützen und zu verteidigen“ (13. 9. 38) „um unsere deutsche Freiheit zu schützen ...“ (13. 9. 35), ja er gebraucht das Bild des Igels, der nur angreift, „es sei

denn, er würde selbst bedroht“ (6. 11. 38).

Seit Beginn der Nazi Herrschaft wurde die Aufrüstung forciert. Sie lag im doppelten Sinn im Interesse der Großindustrie, die Hitler an die Macht gebracht hatte. Im Interesse des Profits, der bei der Aufrüstung zu machen war und im Interesse der Profits, der durch den Krieg zu machen war, denn diese Aufrüstung galt. Um völlig ungehindert aufrüsten zu können, gab Nazi Deutschland am 14. Oktober 1933 den Entschluß bekannt, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler-Deutschland brachte es fertig, die Maßnahmen der Aufrüstung als Friedenswerk hinzustellen. Am 14. Februar 1935 bezeichnete er die ge-

planten Autobahnen, die bekanntlich als Aufmarschstraßen für den Krieg dienten, als „gewaltiges Dokument friedlichen Fortschritts.“

Ohne Ehre und Freiheit keinen Frieden

Diese Rede zeigt, daß Hitler noch mehr Bedingungen für den Frieden hatte: Es müsse ein „Friede der Ehre und Gleichberechtigung“ sein. Damit zielte er auf die Revidierung des Versailler Vertrags, der Deutschland große Gebietsabtrennungen nach dem Nationalitätenprinzip und Rüstungsbeschränkungen auferlegt hatte. Wenn Hitler also forderte, Deutschland müsse wieder gleichberechtigt sein im Kreis der Großmächte, wenn er die Wiederherstellung der deutschen „Ehre“ forderte, war damit klar, daß er dem Versailler Vertrag brechen wollte, d.h., daß er Aufrüstung und Annexionen im Sinn hatte. „Ohne diese Ehre und ohne diese Freiheit (kann) es auch keinen Frieden geben“, stellte er 1936 bei einem Staatsempfang in Weimar für alle Welt klar.

Am 9. März 1935 ließ Hitler den ausländischen Regierungen offiziell mitteilen, daß Deutschland sich wieder im Besitz einer Luftwaffe befinde. Dies war ebenso wie am 16. März 1935 verkündete Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ein eklatanter Bruch des Versailler Vertrages.

Am selben Tag bezeichnete er Deutschland als einen „Mitgarant des allgemeinen Friedens“ und fuhr fort: „Denn in dieser Stunde erneuert die Deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen, und insbesondere in der nationalen deutschen Rüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen. (...) Und deshalb ist es mir auch möglich, in derselben Proklamation, in der ich die nationale Wehrhoheit des Deutschen Reiches wiederherstelle, laut und deutlich für den Frieden zu plädieren und unsere Mitarbeit an der Sicherung des Friedens zur Verfügung zu stellen.“

Am 7. März 1936 ließ er die Reichswehr in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes einmarschieren, ein erneuter klarer Bruch des Versailler Vertrages.

Am 19. Juli 1936 putschten faschistische Generale in Spanien gegen die gewählte Volksfrontregierung. Hitler ergriff begierig die Gelegenheit, seine Kriegsmaschinerie am lebenden Objekt auszuprobieren. Spanien wurde zum Übungsplatz für die deutsche Luftwaf-

fe und die deutschen Panzertruppen, es war die Generalprobe für den 2. Weltkrieg. In dieser Zeit ging Hitler von der Phase der offenen Aufrüstung zur Phase der allseitigen Kriegsvorbereitung über. Diese umfassende und allseitige Kriegsvorbereitung wurde zunächst erprobt und einexerziert am inneren Terror gegen die jüdischen Mitbürger, denen durch die „Nürnberger Gesetze“ am 15. September 1936 jegliche formelle Gleichberechtigung genommen wurde. Am 17. September begannen die größten Manöver seit Ende des 1. Weltkrieges und am 18. Oktober wurde mit dem sog. Vierjahresplan ein gigantisches Aufrüstungsprogramm festgelegt, das Heer und Wirtschaft innerhalb von vier Jahren kriegsbereit machen sollte. Hitler brauchte drei Jahre.

„Friedenswerk für Österreich“

Während Hitler am 20. 2. 38 noch tonte, Deutschland werde „nichts unversucht lassen, den Frieden zu retten“ gab er knappe drei Wochen später, am 11. 03. 38 unter dem Deckwort „Unternehmen Otto“ die Weisung zur bewaffneten Aktion gegen Österreich. Unter anderem heißt es in der Weisung: „Sollte es aber zum Widerstand kommen, so ist er mit größter Rücksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen.“

Zuvor hatte er jahrelang inbrünstig beteuert, daß er keinerlei Annexionspläne gegenüber Österreich hege. Am 30. Januar 1934 grollte er z. B. in einer Regierungserklärung im Reichstag:

„Die Behauptung, daß das deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. (...) Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen.“ Ein halbes Jahr später, am 25. Juli 1934 machten auf Anweisung Hitlers die österreichischen Nationalsozialisten einen Putschversuch und erschossen den österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß. Nach dem mißlungenen Putsch bestritt Hitler jede Beteiligung und schickte - Gipfel des Zynismus - ein Beileidstelegramm zum Tode von Dr. Dollfuß nach Österreich.

Am 11. Juli 1936 wurde die österreichische Regierung zu einem Abkommen gezwungen, in dem Deutschland die „Souveränität“ des Landes formell anerkannte, aber Österreich mußte erklären, daß es sich als „deutscher Staat“ verhalten werde. Noch am gleichen Tag wurde ein Nationalsozialist in das österreichische Kabinett aufgenommen.

Am 5. November 1937 lud Hitler die Spitzen der deutschen Wehrmacht zu sich in die Reichskanzlei. Seine Geheimrede kennzeichnet die letzte Phase der Kriegsvorbereitung, die des Übergangs zu den ersten offenen Annexionen. Hitler erklärte, „zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben.“ Er entwickelte seine Pläne für ein baldiges Vorgehen gegen Österreich und die Tschechoslowakei. Die „Eroberung neuen Lebensraumes“ wurde zum unmittelbaren aktuellen Ziel. Die Militäres, die einen Angriff für verfrüht hielten, wurde ausgewechselt, so wurde z. B. der Oberbefehlshaber des Heeres, von Fritsch, auf Grund einer Intrige Himmlers und Görings, der Homosexualität bezichtigt und durch von Brauchitsch ersetzt.

Hitler hatte die Frechheit, am 12. März 1938 als die Wehrmachtspanzer durch Österreich rollten, in Linz zu erklären: „Ich hoffe, daß die Welt verstehen wird, daß das ein Friedenswerk ist, was ich hier geleistet habe.“ Am Abend vorher, am 11. März 1938, versicherte Göring bei einem Bankett auf Ehrenwort, daß keinerlei Maßnahmen gegenüber der Tschechoslowakei geplant seien.

... und „Befreiung“ der Sudeten-deutschen

Am 28. März 1938 gab Hitler dem Führer der faschistischen „Sudeten-deutschen Partei“, Konrad Henlein, Anweisungen, wie die Regierung der Tschechoslowakei zu schwächen sei. Am 21. April 1938 hatte er mit General Keitel eine Besprechung über den beabsichtigten Krieg (Deckname Fall „Grün“) gegen die Tschechoslowakei. Die Ergebnisse dieser Besprechung wurden in einer Studie zusammengefaßt, in der u. a. die verschiedenen Möglichkeiten erörtert wurden, wie man einen Vorwand zum Krieg schaffen könnte.

Beispiel: „Blitzartiges Handeln auf Grund eines Zwischenfalls (z. B. Ermordung des deutschen Gesandten im Anschluß an eine deutschfeindliche Demonstration).“

Der nächste Krieg wurde unter den Parolen „Gegen Unterdrückung“ und „Für Selbstbestimmung“ ideologisch vorbereitet: So sagte Hitler am 28. Mai 1938: „Ich habe diese gewaltigste Anstrengung aller Zeiten gemacht, um dem Frieden zu nützen. Ich werde aber unter keinen Umständen gewillt sein, einer weiteren Unterdrückung der deutschen Volksgenossen in der Tschechoslowakei in endloser Ruhe zuzusehen.“

Bei einer Sportpalastkundgebung am 26. September 1939 versuchte er, den Eindruck zu erwecken, wie friedlie-

bend er denke, und wie leid es ihm tue, nun zum Schwert greifen zu müssen: Das Sudetenland sei die letzte territoriale Forderung, die er Europa zu stellen habe, „aber es ist die Forderung, von der ich nicht abgehe, und die ich, so Gott will, erfüllen werde.“

Frankreich und England, die mit der Tschechoslowakei verbündet waren, traten Hitlers Annexionsplänen nicht entgegen, sondern versicherten beim Münchner Abkommen die Tschechoslowakei an Hitler. Die Vertreter der tschechoslowakischen Regierung waren nicht zugelassen und mußten im Vorzimmer warten, bis ihnen mitgeteilt wurde, daß sie die sog. sudetendeutschen Gebiete an Deutschland abzutreten hatten. Hitler verpflichtete sich im Münchner Abkommen, keinerlei militärische Aktionen gegen die restliche Tschechoslowakei zu unternehmen.

Schon am 21. Oktober 1938 erteilte Hitler an die Wehrmacht die „Weisung zur Erledigung der Rest-Tschechei“, in der es u. a. heißt: „Es muß möglich sein, die Rest-Tschechei jederzeit zerschlagen zu können, wenn sie etwa eine deutsch-feindliche Politik betreiben würde.“

Drei Tage später wurden im ganzen Land die Synagogen angezündet, jüdische Geschäfte in aller Öffentlichkeit geplündert und etwa 26.000 Juden verhaftet und viele von ihnen ermordet. Eine wesentliche Funktion der sog. „Reichskristallnacht“ war, durch die Verstärkung der inneren Terrors weitere Voraussetzungen für die Entfesselung des 2. Weltkrieges zu schaffen. Am 10. November erklärte Hitler vor der deutschen Presse, ohne ein Wort über das noch nicht einmal 24 Stunden zurückliegende Pogrom zu verlieren:

„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, einen Frieden unter allen Umständen zu bewahren.“ So bejammert Hitler die Tatsache, daß die Menschen seinen jahrelangen Friedensbeteuerungen Glauben schenkten! Jetzt schien es ihm wohl an der Zeit, die Menschen auf den Krieg vorzubereiten.

Am 15. März 1939 ließ Hitler die Wehrmacht in die restliche Tschechoslowakei einmarschieren. In dem Angriffsbefehl heißt es u. a.: „Wo dem Einmarsch Widerstand entgegengesetzt wird, wird er sofort mit allen Mitteln gebrochen werden.“ Mit der Zerschlagung der Tschechoslowakei hatte Hitler die ganze Welt herausgefordert, trotzdem scheute er sich nicht, am 1. April 1939 zu behaupten:

„Ich bin der festen Überzeugung, daß ich damit dem Frieden einen großen Dienst erwiesen habe. Und aus dieser Überzeugung heraus habe ich mich auch vor drei Wochen entschlossen, dem kommenden Parteitag den Namen ‚Parteitag des Friedens‘ zu geben. Denn Deutschland denkt nicht daran, andere Völker anzugreifen.“

Am 11. April 1939 erließ er unter dem Deckmantel Fall „Weiß“ (Krieg gegen Polen - d.V.) eine „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40“. Darin heißt es: „Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten. Hierzu ist ein überraschender Angriffsbeginn anzustreben und vorzubereiten. (...) Es ist davon auszugehen, daß der Verteidigungs- oder Kriegszustand im Sinne des R.V.-Gesetzes vom 4. 9. 1938 nicht erklärt wird. Alle Handlungen und Forderungen sind auf die Friedensgesetzgebung zu gründen.“

Am 28. April antwortete er in einer Reichstagsrede auf eine besorgte Anfrage des amerikanischen Präsidenten Roosevelt: „Ich darf noch einmal feststellen, daß ich erstens keinen Krieg geführt habe, daß ich zweitens seit Jahren meine Abscheu vor einem Krieg und allerdings auch meine Abscheu vor einer Kriegshetze Ausdruck verleihe, und daß ich drittens nicht wüßte, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte.“

Nach dem vorgetäuschten Überfall auf den Sender Gleiwitz eröffnete am Morgen des 1. September 1939 der Panzerkreuzer „Schleswig-Holstein“ mit der Beschießung der polnischen Westerplatte den 2. Weltkrieg. Der „Reichsparteitag des Friedens“, den die Nazis am 2. September 1939 beginnen lassen wollten, fiel wegen Krieg aus.

(1) alle Zitate, soweit nicht anders angegeben aus: Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932 - 1945 Süddeutscher Verlag München

(2) Joachim Streisand, Deutsche Geschichte, Berlin

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15.-
☐ ein Förderabonnement DM 30.-

des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postscheckkonto Jacobi
München 288265-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

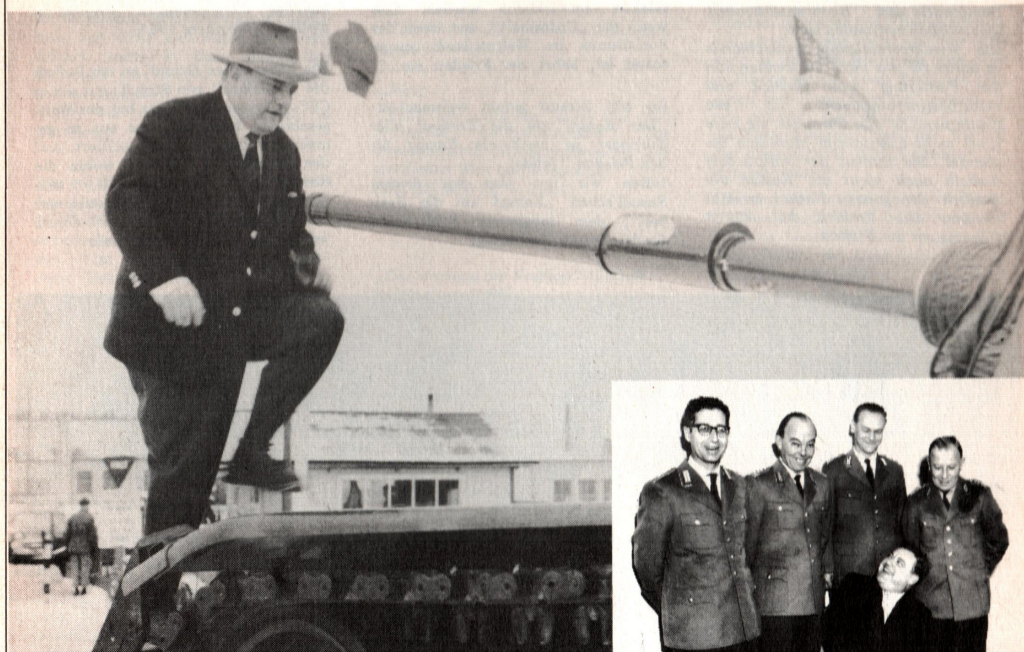
Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalstr. 24, 8000 München 5, E.i.S.
Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

„Wenn du den Krieg willst, dann rede vom Frieden.“

(Strauß 1975)

Die in der Überschrift zitierte Methode unterstellt Strauß in seinem Buch "Deutschland - Deine Zukunft" den Politikern des "kommunistischen Machtbereichs".



Der damalige Kriegsminister Strauß und die hohen Herren der Bundeswehr (rechts der Nazi-General Adolf Heusinger)



„Wer noch einmal ein Gewehr für einen Angriffskrieg in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfaulen.“

Diese Worte von Strauß von 1949 sind weithin bekannt geworden (wohl auch wegen ihrer Einmaligkeit, denn etwas Vergleichbares in diesem Sinne findet sich bei Strauß nicht mehr).

Ebenso bekannt dürften seine Taten als späterer Kriegsminister geworden sein, die von der Stunde Null an darauf gerichtet waren, mit einer starken, wiederaufgerüsteten Kriegsmaschinerie die Ergebnisse des 2. Weltkriegs wieder rückgängig zu machen. Als Atomminister tat er alles dafür, die atomare Aufrüstung für Westdeutschland zu ermöglichen, um der Welt noch wirksamer drohen zu können. Strauß hatte damals sicherlich nicht den Ruf eines besonders friedliebenden Politikern.

Aber zeichnen ihn die folgenden Aussagen nicht doch als jemanden aus, dem das friedliche Zusammenleben der Völker Europas und der Welt mehr als alles andere am Herzen liegt - oder aber zumindest als einen, der reali-

stisch genug ist, um den Frieden erhalten zu wollen?

„Ich bin der leidenschaftlichen Überzeugung gerade auch in diesem Jahre - 8. Mai 1945 -, daß die Zeiten der Kriege und Revolutionen in Europa endgültig der Vergangenheit angehören müssen. In Europa darf es nie mehr zu einem Krieg kommen, es wäre der letzte Krieg, der in Europa ausgetragen wird, für unübersehbar lange Zeit.“ (Vor dem Parteiausschuß 1985 in Nürnberg).

„Wir garantieren Ihnen den Frieden in Europa, die Kriegsgefahr ist fast Null.“ (Politischer Aschermittwoch 1982 in Passau).

„Veränderungen werden in Europa nie mehr auf Schlachtfeldern ausgetragen werden.“ (ebda)

„Darum haben wir Grund und auch inneren Anlaß, der Jugend zu sagen: es kommt zu keinem Krieg, laßt Euch nicht von diesen Kriegsschwätzern immer wieder ins Bockshorn jagen! Es ist ein Frevel, wenn man unser Volk immer in Kriegsanst, in Kriegsfurcht versetzt.“ (ebda)

Solche Propaganda soll der Jugend und allen Kriegsgegnern eine heile Welt vorkauken, in der die Wachsamkeit von Antifaschisten und Antimilitaristen in Sachen Frieden unnötig, ja ketzerisch ist. Allerdings entdeckt man bei genauerem Hinhören, auf welch wackeligen Füßen diese Friedenspropaganda steht, wie sehr sie mit Wenn und Aber eingeschränkt wird.

Denn laut Strauß ist der segensreiche Weltfrieden natürlich nur haltbar bzw. erreichbar, wenn der „freie“ Westen ins Unermeßliche weiter aufrüstet. Strauß möchte die sog. Nukleare Abschreckung durch den Begriff der „Strategie der Kriegsverhinderung“ ersetzt wissen.

„Die Mittel der modernen Massenvernichtungstechnik machen den Krieg unmöglich.“ (Nürnberg, 1985)

Die meisten Abhandlungen von Strauß über seine Art von „Friedenspolitik“ machen denn auch ohne große Umschweife deutlich, welche Bedingungen und Einschränkungen er für den Frieden macht.

„Normal können die Verhältnisse in Deutschland und in ganz Europa erst dann wieder sein, wenn alle europäischen Völker im Besitz des Selbstbestimmungsrechts sind und alle Staaten ihren Bürgern die klassischen Rechte und Freiheiten gewähren, die mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unauflöslich verbunden sind.“

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist daher für uns nicht zu trennen von der Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, für alle Europäer, sie wäre sonst nicht ausreichend moralisch begründet. Die Einheit der Nation darf deshalb auch nicht auf Kosten der Freiheit der ganzen Nation erreicht werden. Die Freiheit hat immer Vorrang vor der Einheit.

Diese Ideale können und dürfen nicht selektiv verwirklicht werden, sollten sie nicht unglaubwürdig werden.

(Rede zum 8. Mai 1945 in München, 1985)

Das „Ideal“ der Freiheit kann nicht selektiv verwirklicht werden. Erst wenn die „Unfreiheit“, erst wenn der Sozialismus im Weltmaßstab ausgerottet ist, kehrt der Frieden ein...?!

So will Strauß jedem weismachen: „Der Kampf um die Freiheit aller Europäer ist auch ein Kampf für den Frieden.“ (ebda).

Hüten wir uns also vor diesem Strauß'schen „Kampf um die Freiheit“, dem möglichen Schlachtruf für den Dritten Weltkrieg!

Ich habe nie Grund gehabt, daran zu zweifeln, daß unsere Politik eine Politik des Friedens ist, eine Politik der Freiheit und des Rechtes, und daß wir auch unsere Rechtsposition (= der Fortbestand Deutschlands in den Grenzen von 1937, d.V.) für künftige Entwicklungen offenhalten wollen.“ (Nürnberg 1985)

Wir haben allen Grund, an der Politik des „Friedens“ von Strauß und seiner CSU zu zweifeln. Hitler hat der Weltgeschichte bewiesen, was aus so gemeinter Friedenspolitik resultiert. Auf den historischen Beweis, wohin die Strauß'sche Friedenspolitik, sein „Offenhalten von Rechtspositionen für künftige Entwicklungen“ führt, werden wir zu verzichten wissen.



Rekrutenvereidigung am Königsplatz, München 1980

Frieden ja...

„Wir sind eine Partei des Friedens...

...Aber

...aber wir sind keine Partei des blinden Pazifismus. Wir sind eine Partei des Verantwortungs-Pazifismus, der im Gegensatz zum Gesinnungs-Pazifismus den Griff zur Waffe dann legitimiert, wenn er dazu dient, den Gebrauch von Waffen anderer gegen uns zu verhindern.“

(1985 vor dem Parteiausschuß in Nürnberg)

Das größte Aber für jeden friedliebenden Menschen ist laut Strauß jedoch die Existenz der Ostblockstaaten. Diese bedrohen den ach so begehrten Frieden. Von ihnen gehen die eigentlichen Ursachen der Spannungen in der Welt aus.

Frieden ja...

„Wir suchen und wollen die Entspannung, die Sicherheit und den Frieden...

...Aber

... aber wir wissen, daß wir dieses alles nicht auf der Grundlage eines Status quo der Zerissenheit unseres Kontinents und der deutschen Spaltung finden werden.“

(Strauß in „Herausforderung und Antwort“, 1968)

...sind wir im Westen der Meinung, daß wirkliche Entspannung nur dadurch erreicht werden kann, daß die Ursachen der Spannung beseitigt werden. Diese Ursachen der Spannung sind primär das Vorenthalten des Selbstbestimmungsrechts für einen Teil des deutschen Volkes und die Unterdrückung eines Teils der europäischen Völker unter das kommunistische Joch.“

(Das deutsche Wort, 5.7. 1964)

Frieden ja...

...wir müssen ja sagen zur Entspannung,...

...Aber

...allerdings unter Beibehaltung, ja sogar unter Ausbau unserer militärischen Stärke und unter Hinweis auf die wirklichen Ursachen der Spannung.“

(ebda)

Auch kann es keinen Frieden geben, wenn nicht die „berechtigten Lebensinteressen“ des westdeutschen Großen Geldes „befriedigt“ sind. Was er darunter versteht, das nennt Strauß bekanntlich selber ganz offen beim Namen, da gibt es nichts, was wir ihm etwa „unterstellen“ würden: zu den

„berechtigten Lebensinteressen“ zählen die Einverleibung der DDR und weiter Teile der VR Polen („Deutschland in den Grenzen von 1937“). Ohne das - kein Frieden.

Frieden ja...

„Wirkliche Ruhe und echte Entspannung in Europa...

...Aber

...kann nur eintreten, wenn die „berechtigten Lebensinteressen“ der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der westlichen Welt befriedigt sind.

(laut BK vom 25. 6. 1964)

„Der Vorrang der Freiheit“ (Strauß in Nürnberg 1985)

„Freiheit oder Sozialismus“ - mit diesem „Kampfruf“ (Originalton Strauß) haben Strauß und seine Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands“ vor und während der Bundestagswahl

1980 das Programm Strauß propagiert. „Frieden in Freiheit“, so lautet dieser Kampfruf in Sachen Friedenspolitik der CSU.

Dieser Kampfruf, verbreitet im Namen des Friedens, bedeutet mehr als nur ein Aber, eine Einschränkung für den Frieden. Es macht den Frieden unmöglich, denn er geht davon aus: nur dann kann es den Frieden in der Welt oder in Europa geben, wenn der Osten vom „Joch des Kommunismus“ befreit ist und sich der „freiheitlichen“ Ordnung des Westens angeschlossen hat. Wie soll das ohne Gewalt und Aggression zustandekommen?

„Es wird nur dann zu einem wiedervereinigten Deutschland im europäischen Verbund kommen, wenn in dem Teil Deutschlands, der DDR heißt, dieselbe Verfassungswirklichkeit eingeführt werden kann wie bei uns.“ (vor dem Parteiausschuß in Nürnberg, 1985)

Wie will Strauß denn diese „Freiheit und Selbstbestimmung aller Europäer“ „mit friedlichen Mitteln verfolgen“, wie er sagt?



Wahlkampf 1980



Wem nutzt der Terror?

Wenn sich das Oktoberfestattentat am 26. September zum 5. Mal jährt, werden die Mörder von 12 Menschen noch immer frei herumlaufen. Nicht einmal das Verfahren werden die zuständigen Behörden wieder aufgenommen haben, obwohl es Widersprüche über Widersprüche gibt:

Noch immer wurde die Einbindung Gundolf Köhlers, der die Bombe legte und sich dabei selbst in die Luft sprengte, in die neonazistische Szene nicht genau untersucht.

Noch immer wurde: den Selbstbezeichnungen des Mitglieds der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ Ulrich Behle in einem Hotel in Damaskus („Wir waren das in München“) nicht nachgegangen.

Noch immer wurden der Zeugin, die eine Woche vor dem Attentat Köhler mit anderen Personen in einem Auto gesehen und die von den Insassen sogar Zeichnungen angefertigt hatte, keine Lichtbilder von den möglichen Tätern vorgelegt.

Noch immer wurden keine Anstalten gemacht, möglichen Verbindungen zwischen dem Attentat in Bologna im August 1980 und dem Oktoberfestattentat nachzugehen. Dabei war kurz vor dem Münchner Anschlag ein Artikel in einer Schweizer Zeitung erschienen, in dem das Al-Fatah-Mitglied Abu Ajad auf Kontakte europäischer Faschisten zu den PLO-Gegnern, den „christlichen“ Falangisten aufmerksam machte. In den Ausbildungslagern dieser von Israel unterstützten Killertruppe seien italienische Faschisten zu Gast gewesen, die „ein Attentat auf Bologna planten“. Auch „westdeutsche Rekruten“ wurden von den PLO-Spähern ausgemacht. Einer hieß Hoffmann.

Noch immer existieren zwei widersprechende Alibis für den Chef der Hoffmannbande. Er selbst gab an, den 26.9. 1980 in Nürnberg verbracht zu haben, Staatsschützer wollen ihn in Neuburg beschattet haben.

Für Rechtsanwalt Dietrich, der im Namen einiger Opfer für die Wiederaufnahme des Verfahrens kämpft, steht aufgrund seiner Recherchen fest:

- die Tat muß von mindestens vier bis fünf Personen begangen worden sein;
- am Wochenende vorher muß ein mißglückter Attentatsversuch oder eine Generalprobe stattgefunden haben;
- da die Ermittlungen von Anfang an in Richtung Einzeltäter verlaufen seien, wurden von vornherein Aussagen, die auf mehr Täter hindeuteten, als falsch bewertet.

Wahlhilfe für die CSU?

Das erste, was direkt nach dem Anschlag vor fünf Jahren in die Öffentlichkeit geschleudert wurde, war nicht die Theorie vom irregeleiteten, verrückten Einzeltäter - die kam später dran - sondern die Version von der Verschwörung aus dem Osten. „Bild“ und Strauß waren sich einig - die Toten lagen noch auf der Straße - daß die Tat von Linksextremen begangen und

aus der DDR gesteuert worden sei. An allem schuld sei der FDP-Minister Baum, der den Terrorismus dadurch hoffähig gemacht hätte, daß er mit RAF-Gefangenen Mahler ein Gespräch geführt hatte. Der Versuch, das Massaker umstandlos den Linken in die Schuhe zu schieben, scheiterte daran, daß Köhler die Ungeschicklichkeit besessen hatte, sich selbst mit in die Luft zu sprengen und dabei noch seinen Ausweis zu verlieren, der die Spuren dann sofort zur Hoffmannbande lenkte.

Nicht nur das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ dachte darüber nach, ob das Massaker ein mißlungener Wahlhilfecoup war, um Strauß ins Kanzleramt zu bomben, „denn die Bombe könnte in der Hoffnung gelegt worden sein, der Anschlag werde den Linken angelastet - und Helmut Schmidt.“ Die Wahlentscheidung „Freiheit statt Sozialismus“ wäre wohl für viele Wähler klarer gewesen, wenn die Spuren nicht so deutlich zur Hoffmannbande geführt hätten.

Spätestens seit der Lorenz-Entführung 1975 kurz vor der Berliner Wahl, bei der die CDU ein unverhofft hohes Wahlergebnis erhielt, weiß man, daß sich „linker Terror“ oder das, was man dazu erklärt, in rechten Kreuzen auf

den Wahlzetteln niederschlägt. Bei der Wahl in Schleswig-Holstein 1971 hatte der faschistische „Starautor“ der Nationalzeitung Prof. Rubin sich selbst entführt - allerdings so dumm, daß die Polizei ihm schnell auf die Schliche kam. Er wollte mit dem selbst produzierten Terror, wie er später selbst sagte, der Öffentlichkeit zu der Einsicht verhelfen, daß Deutschland Strauß als starken Mann brauche.

Auch das jüngste Attentat in einem Dortmunder Kaufhaus, das 8 Menschen verletzte, wurde von „Bild“ und Dregger sofort dazu benutzt, zwei Tage vor den Wahlen in Hessen, Berlin und an der Saar Stimmung für Rechts und gegen die Grünen zu machen. Die Abgeordneten der Grünen Nickels und Vollmer seien an der Bombe schuld, da sie fünf Wochen zuvor während des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen einen Brief an den „lieben Christian Klar“ geschrieben hatten, um ihn um einen Gesprächstermin zu bitten. Und Dregger machte den Deutschen in „Bild“ klar, was von den Grünen zu halten sei. Öffentlich um Verzeihung bitten sollten die Grünen „die Verletzten von Dortmund“, „sowie alle anderen Terroropfer“.

Als dann kurze Zeit darauf feststand, daß der Täter einer rechtsradikalen

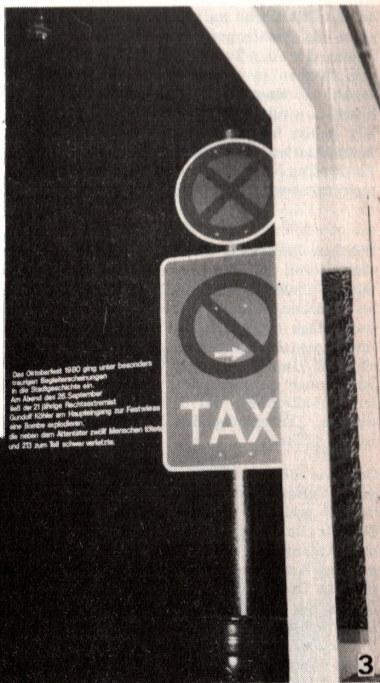
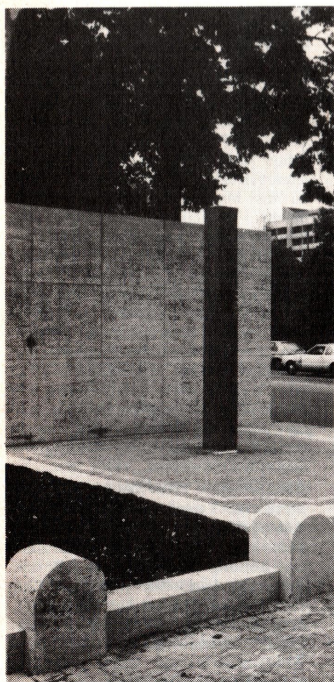


Bild 1: Das Mahnmal für die Opfer des Wiesnattentats ist so unscheinbar wie die Ernsthaftigkeit und die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen.

Bild 2: Die lieblose Neuanlage des Mahnmals steht zwar auf einem Podest - Opfer und Täter sind jedoch noch immer ungenannt.

Bild 3: Die Ausstellung des Stadtmuseums zum Oktoberfest widmet den Opfern des Attentats eine winzige Nische. Auch hier Verfälschung der Wahrheit: kein Wort über die Verantwortlichen an dem Massaker. So paßt in München eins zum anderen.

Die Aktion des Arbeiterbunds f.d. Wiederaufbau der KPD am 17.8. im Stadtmuseum lenkte den Blick der Besucher auf die Urheber des Attentats.



Vereinigung angehört hatte, wurde das den Bildesern im Kleingedruckten auf Seite 4 mitgeteilt.

Hoffmann selbst sagt, was er von Attentaten der eigenen Machart hält: „Mit einer Bombe gegen eine amorphe Menschenmasse, das gibt doch überhaupt keinen Sinn - es sei denn, man will den anderen die Schuld in die Schuhe schieben.“

Weniger nützliche Attentate...

sind deshalb für einen Mann wie Strauß solche, die man den Linken auf Dauer nicht anlasten kann, weil die Täter sehr schnell als Faschisten entlarvt werden. Sie geben zwar immer noch genug her, um zusammen mit der bürgerlichen Presse die verängstigte, verunsicherte Bevölkerung noch mehr zu demoralisieren, indem man statt von Tätern von Terror schlechthin und statt von politischen Zusammenhängen von Katastrophe spricht - um die Unwissenheit zu Verwirrung und die Verwirrung zu Hilflosigkeit zu machen. In einem solchen Klima reift der Ruf nach dem, der aufräumt, der die Welt wieder in Ordnung bringt, wie auch immer. Für einen solchen Fall steht ein Strauß bereit.

Trotzdem, Attentate dieser Art bringen den Nachteil mit sich, daß man die Ermittlungen ersticken, Zeugen stumm machen muß, um nicht vielleicht prominente CDU/CSU Namen an die Oberfläche zu spülen. Und um nicht die Hilfstruppen ans Messer zu liefern, die eines Tages noch nützlicher sein können als im Moment. (Hoffmann: „In einer bürgerkriegsähnlichen Situation sind wir die richtigen Leute. Wir haben keine Hemmungen, gegen Kommunisten vorzugehen. Wir üben für den Tag X, an dem die Polizei nicht mehr mit den Linken fertig wird.“)

... und nützliche Attentate.

Politisch brauchbar wird ein Anschlag dann, wenn man ihn umstandslos und auf die Dauer den Linken in die Schuhe schieben kann. Welche Anschläge heutzutage tatsächlich auf das Konto linksextremer Gruppen gehen und welche als „links“ verkauft werden, ist kaum noch zu beurteilen. Zu beurteilen ist allerdings das Bemühen des Staates, „Terror von links“ nicht abreißen zu lassen.

Oder wie soll man sich sonst die Arbeit des Verfassungsschutzagenten Peter Urbach erklären, der im Auftrag des Berliner Landesamtes Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre Bomben aus dem Arsenal seines Amtes an terroristische Gruppen verteilte? Oder Waffen an die sich gerade formierende RAF verkaufte. Oder die Tätigkeit des V-Mannes Lepzien vom niedersächsischen Verfassungsschutz und quasi berufsmäßig führende Figur in einer

Neonazigruppe. Er stellte z.B. die Verbindung zu Bombenbastlern her, besorgte Sprengstoff und gab Bomben weiter, die dann vor Justizgebäuden hochgingen und die bisher unwiderrufen den Linken angelastet werden?

Die Suche nach Schleyer - je länger, desto besser

Die Ereignisse des Jahres 1977 zeigen, wie zügig die „Volksvertreter“ in Richtung Abbau demokratischer Rechte voranschreiten, wenn man sich der „richtigen“ Attentate bedienen kann. Ponto und Buback waren von der RAF getötet worden, Schleyer entführt. Zwei Tage danach wußte die Polizei, wo er sich aufhielt, ab dem 4. Tag nach der Entführung stand die Wohnung, in der er sich befand, unter ständiger Bewachung. Man wollte ihn offensichtlich gar nicht so schnell finden, denn man brauchte die Zeit, um das Land umzukrempeln und Tausende zu bespitzeln - nicht um Schleyer zu finden, von dem man eh wußte, wo er war, sondern um Kommunisten und Demokraten ausfindig zu machen, sie, wenn möglich, zu Sympathisanten der RAF zu machen und so zu kriminalisieren. Man hätte auch nicht das sogenannte Kontaktsperregesetz im Handreich bringen können: ein Gesetz, das einen offenen Rechtsbruch legalisiert, das die Möglichkeit eröffnet, einen irgendwie als „links“ Eingestuft für 30 Tage in den Gefängnissen verschwinden zu lassen, ohne daß er Verwandte oder seinen Anwalt benachrichtigen kann. (Bis auf 4 Abgeordnete stimmten auch alle SPDler für dieses Gesetz!) Noch mehr war im Zuge dieses Schlags gegen demokratische Rechte geplant: die Ablehnung befangener Richter sollte erschwert, der Ausschuß von Verteidigern erleichtert werden, das Demonstrationsrecht verschärft (die 1977 geforderten Maßnahmen wurden 1985 Gesetz!). Als ob man mit den Gesetzen einen Schleyer einen Tag früher hätte finden können. Aber das war auch nicht das Ziel. Man braucht in einem Staat wie diesem, der von Krisen geschüttelt ist, der unfähig ist, seinen Menschen Arbeit, Recht und ein gesichertes Leben zu bieten, Gesetze, die den wachsenden Unmut der Arbeiter und das Aufbegehren unterdrücken.

Und man möchte möglichst genaue Listen haben von solchen, die man bisher noch nicht registriert hatte. Das Vorgehen der Bundesanwaltschaft in Juli dieses Jahres zeigt deutlich, wie praktisch der eine oder andere Mordfall bei der Suche nach Demokraten werden kann. Unter dem Vorwand, man suche die Mörder des vor 4 Jahren getöteten FDP-Ministers Karry, tauchten Beamte bei dem Vorstandsmitglied des Bundesverbands der Bürgerinitiativen (BBU) Christa Reetz

auf. Anliegen: sie wollten die Adressen der BBU-Mitglieder. Daß man so diejenigen, die Karry töteten, nicht findet, wissen die Beamten sicher. Man findet aber andere: die sich an Protestaktionen gegen Bauvorhaben wie das Atomkraftwerk Biblis, die Wiederaufbereitungsanlage Nordhessen, das Plutoniumlager Hanau, die Startbahn West beteiligt haben.

Terror in Bayern

Auch wenn inzwischen deutlich geworden ist, wie wenig unsere „Volksvertreter“ fähig und willens sind, das Volk vor Terror zu schützen - es lohnt sich ein Blick auf einige Gestalten der bayerischen Szene, um zu wissen, mit wem man es vor der Haustür zu tun hat und gegen wen man den Kampf führen muß. Die Behandlung, die die Hoffmannbande in Bayern erfuhr und immer noch erfährt, läßt manche bayerische Politiker eher im Licht der Komplizenschaft denn als Gegner der Bande erscheinen.

CSU und die „Wehrsportgruppe Hoffmann“

Jener Rubin, von dem oben die Rede war, und sein Einführungshelfer Dr. Manfred Plockinger, Ex-NPD-Mann und Aktivist der „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“ hatten 1970 CSU-Freundeskreise gegründet, nachdem Strauß seine „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ ausgerufen hatte. Aus dem Rundschreiben des CSU-Freundeskreises Köln: „Wir gehen in den aktiven Widerstand mit allen verfügbaren Mitteln... Strauß muß an die Macht. Wir müssen ihm die Macht erzwingen, so oder so... 'Bayernkurier' und 'Nationalzeitung' bleiben unsere Hauptorgane. In ihnen wird die Richtung angegeben...“ Diese CSU-Freundeskreise lösten sich dann auf. Einige der Aktivisten gründeten einen neuen Freundeskreis, nämlich den „Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann“. Und hier tauchten auch die Namen der Strauß-Freunde wieder auf, wie z.B. ein Johannes Kölling, der erst in der NPD und dann für Strauß in der Sammlungsbewegung aktiv war. Zu den Spendern des Freundeskreises gehörte nicht nur jener CSU-Wahlhelfer Rubin, finanzielle Kontakte bestanden auch zwischen der Hoffmannbande und honorierten CSUern, wie z.B. dem Rüstungsindustriellen Karl Diehl. Kein Wunder, daß bei solchen Hintermännern die Justiz in Bayern 1977 der Bande Harmlosigkeit bescheinigte. Wohl aus diesem Grund erhielten einige Mitglieder Waffenscheine.

Strauß-Tandler-Langemann-Görlach:

die schwarz-braune Spur

Faschistische Bombenleger werden also in Bayern wohlwollend behandelt. Stattdessen landet derjenige, der seine Meinung offen sagt, im Gefängnis. So geschehen bei der Massenverhaftung in Nürnberg 1981, bei der 141 Schüler, Studenten, Angestellte tagelang - 70 von ihnen länger als eine Woche - unter Bruch der Verfassung inhaftiert wurden. Ihr Verbrechen bestand darin, in Bayern ein Grundrecht wahrzunehmen und gegen Wohnungsnot und Häuser-spekulanten auf die Straße zu gehen. Strauß sieht in diesen jungen Leuten „den Kern des neuen Terrorismus“. Unschuldige werden kriminalisiert, Mörder freigesprochen: „Diesen Hoffmann, der wirklich wie ein Kaspar aussieht! Diese Type bekommt Fabelsummen für ein Interview...Wenn niemand von diesem Schwachkopf reden würde, wer würde seine Existenz bemerken...Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen „Battle Dress“ (Kampfanzug) spazieren geht, dann soll man ihn in Ruhe lassen.“ (Strauß März 1980)

Der ehemalige Innenminister Tandler - ein ergebener Strauß-Vasall - fordert Abschlußgeräte für Gummischrotgeschosse und chemische Zusätze für Wasserwerfer, die Schock, Brechreiz und Jucken hervorrufen. Es könne Situationen geben, „in denen der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß.“ Hoffmann ist kein Demonstrant und war deshalb „nie eine Gefahr für die öffentliche Ordnung“. Daß er (Tandler) trotzdem alles getan habe gegen die Gefahr von Rechts, ließ er sich 1980 von einem bestätigen, der im Laufe seiner Karriere so ziemlich alle Interessen geschützt hat, bis auf die des Volkes: Hans Langemann. Langemann war jahrelang Spitzenagent der Gehlen-Organisation BND (Bundesnachrichtendienst), die als einzige deutsche staatliche Institution ihre

Tätigkeit ohne Unterbrechung vom Dritten Reich über die Besatzungszeit in der Bundesrepublik fortsetzte. Aufgabe dieses Vereins: Spionage in Osteuropa, Schwerpunkt Sowjetunion. Das Feindbild für die Gehlen-Leute blieb von Hitler bis Adenauer gleich: die Kommunisten im Osten und im eigenen Land. Folgerichtig griff der BND ein, als auf dem internationalen Preisemarkt 1968 Informationen angeboten werden, die aus dem Washingtoner Nationalarchiv stammten und die eine Verbindung zwischen Eichmann und Kiesinger aufzeigten. Der damalige Bundeskanzler durfte nicht von seiner Nazi-Vergangenheit eingeholt werden - Langemann reiste nach Washington, und mit Hilfe des CIA zog man die Akten durch einen simplen Trick aus dem Verkehr. Da man sie nicht vernichten konnte, ließ man einfach die 58 Katalogbände verschwinden, mit deren Hilfe allein der Zugang zu dem riesigen Mikrofilmarchiv möglich war.

Bei dem Oktoberfestattentat bewies Langemann einmal mehr, welchen Herren er diene. Abgesehen von dem Freibrief, den er Tandler ausstellte, hatte er den Auftrag „Nebelkerzen zu werfen“, wie er in München vor Gericht aussagte. Eine der Nebelkerzen bestand darin, daß er für Hoffmann ein Alibi nachwies, das von Hoffmann später bestritten wurde. Ziel war es, Hoffmann zunächst einmal aus der Schußlinie zu bringen, nachdem der NADIS-Computer den Namen des mutmaßlichen Täters mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Verbindung gebracht hatte.

Die schwarz-braune Spur zieht sich weiter zu dem ermittelnden Staatsanwalt im Oktoberfestattentat: Görlach. Das ist einer, der kraft seines Amtes Nazis schützen und Antifaschisten verfolgen kann und sich in Bayern deshalb besonders gut für die Oktoberfestermittlungen eignete. Görlach hatte schon zuvor bewiesen, auf welcher Seite er steht, indem er

zwei Münchner Antifaschisten vier Jahre lang verfolgte, weil sie zwei Plakate der neofaschistischen DVU überklebten hatten. 2.400 DM für zwei antifaschistische Aufkleber - bei so einem können sich Hoffmanns sicher fühlen.

Wenn von oben das Netz so dicht gespannt ist, dann rutscht da auch kein vielleicht noch so rechtschaffener Polizist durch, der tatsächlich ein Interesse daran hat, die Schuldigen hinter Gitter zu bringen, wie der Fall Maluck zeigt: Maluck war 1980 Leiter der Ansbacher Polizeieinspektion, als dort zwischen dem 8. und 10. Juli 97 Schuß Maschinenpistolenmunition verschwanden. Dieselbe Munition wurde bei dem Erlanger Doppelmord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke verwendet, der Mitgliedern der Hoffmannbande angelastet wird. Als der Beamte nicht locker ließ und versuchte, seine Vorgesetzten dazu zu bringen, der verschwundenen Munition nachzugehen, wurde er kurzerhand strafversetzt. Genauso wie beim Oktoberfestattentat blieben Fragen über Fragen zurück, die offensichtlich niemand klären will.

Ordnung durch einen starken Mann?

Schützen vor Terror können nur wir uns selbst. Nur eine entschlossene demokratische Bewegung, die den Bombenlegern und ihren Hintermännern zeigt, daß sie nicht zulassen wird, daß ein „starker Mann“ herbeige-bombt wird, schützt uns vor Terror. Wer sich Ordnung und Sicherheit wünscht und sich dies nur mit einem „starken Mann“ an der Spitze des Staates vorstellen kann, der sei an die Zeit vor 50 Jahren erinnert. Da gab es einen, der in der Tat Terrorgruppen von der Straße holte - indem er sie staatlich legalisierte. Terroristen an der Macht, Terror als Staatsform, das ist genau das Ziel, das mit Anschlägen wie den von München und Bologna verfolgt wird.

In zweiter erweiterter Auflage ist das Buch von Louis Köckert im Verlag „Das Freie Buch“, München, erschienen.

Nach dem Erscheinen der 1. Auflage von „Dachau ...und das Gras wächst“ setzte Louis Köckert seine Recherchen fort und schrieb weitere Notizen, Szenen und Geschichten nieder.

Louis Köckert starb am 22. April 1982 und konnte seine neuen Einfälle nicht mehr in das Buch einfügen. Sie sind jetzt als Ergänzung in der 2. erweiter-

ten Auflage mit aufgenommen worden. Ein Buch, „um dessen Überlieferung ihm gerade auch künftige Generationen dankbar sein werden.“ (Thomas Schmitz-Bender bei der Beisetzung von Louis Köckert im April 1982.)

Das Buch ist zu bestellen bei:
Verlag „Das Freie Buch“ GmbH
Tulbeckstr. 4
8000 München 2
Preis: 16,80 DM



Strauß in Aktion

„Bothas Reform-Politik gescheitert“, so erklärt die bürgerliche Presse den verzweifelten Kampf der Schwarzen gegen die Reformierung ihrer Unterdrückung. „Reformiert“ wurde für die Weltöffentlichkeit. 50 Jahre nach den Nürnberger Rasse-Gesetzen wird es auch Zeit, das Mischehenverbot aufzuheben. Eine echte Reform!

Kein Wort davon, daß die Weißen nun gemeinsam mit ihren schwarzen Partnern in die Homelands abgeschoben werden können, d. h. daß weiße Sympathisanten genauso rechtlos werden wie die Schwarzen.

Die Farbigen (Inder, Mischlinge) erhalten das Stimmrecht, freilich nicht für die südafrikanische Regierung, sondern nur für die Kommunen! Dafür dürfen (müssen) sie nun Soldaten werden und auf ihre schwarzen Brüder schießen. Die Front der Ausgebeuteten zu spalten, das ist „Reform-Politik“.

Schwarze dürfen in den „unabhängigen“ Homelands wählen! Wen? Schwarze Kollaborateure und bezahlte Spitzel der Botha-Regierung. Ist es verwunderlich, daß sich an diesen Verrätern Haß und Wut der Ohnmächtigen entladen? Bothas „Reformen“ sind der vorläufige Höhepunkt der Menschenverachtung in Südafrika!

Krieg in Südafrika

Christlich ist, was Profit bringt!

Außenminister Roelof Botha überreichte Strauß 1984 das Großkreuz erster Klasse des „Ordens der guten Hoffnung“. Botha referierte damals vor der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) über „Südafrikas Politik der friedlichen Koexistenz“.

Wofür bekam Strauß den Orden?

Unermüdlich verkauft er die Politik der Rassisten als demokratisch, christlich, Bollwerk gegen den Kommunismus. Er begibt sich in ihre Salons und bittet sie in seine. Seine HSS ist ihm dabei stets zu Diensten. Im Frühjahr 1984 kommentierte er die „Reform“ des Wahlrechts: gleiches Stimmrecht für alle würde „dem Chaos den Weg bahnen. Wer diese Forderung erhebe, handle daher in hohem Maße unchristlich“.

Bei dem Treffen der konservativen Parteien (IDU) am 28./29. 85 in Washington stimmt Strauß als einziger (!) einer Passage im Schlußkommunique nicht zu, in der Südafrika aufgefordert wird, Namibia der UNO-Resolution 435 gemäß die Unabhängigkeit zu geben. Er schilderte seine Eindrücke von dem Treffen im Bayernkurier:

„Die Weltpolitische Landschaft kann nicht betrachtet werden, wenn man nicht aus gegebenem alarmierenden Anlaß einen gründlichen Blick auf die Verhältnisse in Südafrika wirft ... Dabei bedürfen gerade die Verhältnisse im Süden Afrikas, auch wegen der geradezu lebenswichtigen Auswirkungen dortiger Entwicklung auf die freie Welt insgesamt, einer besonders differenzierten Betrachtungsweise. Schon von meiner weltanschaulichen, christlichen Grundlage bin ich ein leidenschaftlicher Gegner der Apartheid.“

Differenziert und christlich behauptet Strauß im weiteren, seinen Beitrag zur Aufhebung der Ehegesetze und des Ar-



Südafrikas Außenminister Roelof Botha überreichte in München dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden das Großkreuz Erster Klasse des Ordens der Guten Hoffnung.

beitsunrechtes geleitet zu haben: Für gleiche Arbeit gebe es für Schwarze und Weiße gleichen Lohn, was schlicht gelogen ist. Seine Bedenken zum gleichen Wahlrecht bestehen nach wie vor, nur beschreibt er das „Chaos“ ein wenig präziser: das würde nämlich zu „den selben Zuständen wie in Zimbabwe führen“, zum „Einparteienstaat auf marxistisch-leninistischer Grundlage“. (BK, 31/85)

Wer mithilft, das zu verhindern, hat schon mal einen Orden verdient, vor allem die bundesdeutschen Rüstungskonzerne und Banken werden es ihm danken. Kann man doch niemand besser ausbeuten als die Rechtlosen.

Zynisch schlägt die Verachtung von Strauß und seinem Bayernkurier in

„Sorge“ um die Schwarzen um: Zum Schutz der schwarzen Bürger habe die Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen - „eine Maßnahme gewiß, die man den Schwarzen in Südafrika schuldig ist.“ (BK 30/85)

Die Bonner Koalition ist zerstritten über die Politik im südlichen Afrika. Kohl und Genscher halten sich weitgehend an die UNO-Beschlüsse, die die Apartheid-Politik verurteilen und z. B. die SWAPO als rechtmäßige Vertreterin Namibias anerkennen. (Zu Wirtschaftssanktionen können sie sich jedoch nicht entschließen, da könnten ja die Spenden ausbleiben.) Für Strauß und seine CSU sind die Vereinten Nationen „eine kommunistisch beherrschte Mehrheit“ (Deutschlandmagazin) ihre „Praxis ist heuchlerisch“

(BK), ihre Beschlüsse „phraseologisches Geschwafel“ (Strauß).

„Was Bonn heute macht, kommt nur den Kubanern und damit Moskau zugute.“ (Strauß, Dritte-Welt-Kongress der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Juni 1985, Bayernkurier (BK), 25/85).

Was macht Bonn?

- Skandal im Kanzleramt!

Im letzten Sommer stattete der Premierminister Südafrikas Pieter Willem Botha unserem Kanzler einen Besuch ab. Da man sich nicht so sicher war, wie man den Chef des Apartheid-Regimes zu empfangen hatte, wurden aus dem Besuchszimmer des Kanzleramtes die Sitzgelegenheiten entfernt. Damit sollte wohl die Distanz Kohls zu Botha demonstriert werden. (Es hatte immerhin Proteste gegen den Besuch gegeben.) Unter der Überschrift „*Peinlich, peinlich*“ kommentierte der Bayernkurier: „*Wer glaubt, gegen Botha mobil machen zu müssen, fällt einer Politik in den Arm, die allein zu einem dauerhaften Frieden im südlichen Afrika führen kann*“. (24/84).

- Keine westdeutsche Vertretung in Windhuk!

Trotz regelmäßiger Aufforderungen von Strauß weigern sich Kohl und Genscher, das Konsulat in Windhuk wiederzueröffnen, das nach der Anerkennung der SWAPO als rechtmäßige Vertreterin Namibias durch die UNO von der Schmidt-Regierung geschlossen worden war.

Seit Mitte Juni 1985 betreibt eine Übergangsregierung, die aus weißen und schwarzen Reaktionen besteht und per Dekret von Botha eingesetzt wurde, die Geschäfte Südafrikas und damit die des internationalen Kapitals in Namibia.

Strauß in einem Brief an die „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“: „*Die von mir immer wieder geforderte und inzwischen bestätigte Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhuk ist ein erster Schritt in der richtigen Richtung.*“ (Spiegel 1/1984)

Im November 1984 besuchten Vertreter der faschistischen „Resistencia Nacional Moçambicana“ die BRD. Vertreter der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung und der damalige Kanzleramtsminister Jenninger liessen sich entschuldigen. FJS empfing sie.

Was ist los mit der Kohl-Regierung? Stellt sie sich auf die Seite der Ausgebeuteten? Nein! Sie muß aber Rücksicht nehmen auf Teile ihrer Wählerschaft, die über die Vorgänge in Süd-



Südafrika-Besucher Strauß, Gastgeber: „Schicksalskontinent Afrika“

Die Gesetze der Apartheid:

- 1913 Native Land Act. No. 27
Dieses Gesetz reserviert 87 % des Landes für die weiße Minderheit und zwingt die schwarze Mehrheit auf die restlichen 13 % der unfruchtbaren Gebiete zusammen. Kein Schwarzer kann außerhalb der Reservate Landbesitz erwerben.
- 1923 Natives (Urban Areas) Act. No. 21
Führt die Trennung der Wohngebiete nach Rassenzugehörigkeit gesetzlich ein.
- 1945 Native (Urban Areas Consolidation) Act. No. 25
Kein Aufenthalt für Schwarze in Stadtgebieten ohne Genehmigung der Behörde.
- 1950 Group Areas Act. No. 36
Schafft eigene Wohngebiete für jede Rassengruppe und beschließt Umsiedlungsaktionen
- 1952 Native Laws Amendment Act. No. 54
Verschärft Zuzugskontrolle in städtische Gebiete für schwarze Frauen. Verbot für alle Schwarzen, sich länger als 72 Stunden in städtischem Gebiet aufzuhalten.
- Natives (Abolition of Passes and Coordination of Documents) Act. No. 67
Totale Kontrolle der Einwanderungsbeschränkung. Jeder Schwarze über 16 hat immer Wohnrechtsbestätigung und Arbeitserlaubnis bei sich zu tragen.
- 1959 Promotion of Bantu Self Government Act. No. 46
Die Selbstverwaltung in den Reservaten wird eingeführt. Abschaffung der Vertretung der Schwarzen durch Weiße im Parlament.
- 1977 Prevention of Illegal Squatting Act. No. 72
Erlaubt die jederzeitige Zerstörung unerlaubter Ansiedlungen ohne Vorwarnung.
- 1978 Bantu Laws Amendment Act. No. 12
Jeder Schwarze, der länger als 4 Monate arbeitslos ist, gilt als „idle Bantu“ (nutzlos, arbeitsscheu), verliert automatisch sein Wohnrecht, kann deportiert und in einem Arbeitslager interniert werden.
- 1982 Gesetzesentwurf: The Orderly Movement and Settlement of Black Persons Bill
Drastische Einschränkung des Wohn- und Aufenthaltsrechtes für Schwarze in den städtischen Gebieten.
- 1984 Neue Gesetzesvorlage („The Aliens and Immigration Laws Amendment Bill“), die dem selben Zweck dient

Westdeutsches Kapital in Südafrika

Der Außenhandel der BRD mit Südafrika hat sich wesentlich schneller entwickelt als der Außenhandel mit den unabhängigen Staaten Afrikas. Die BRD ist in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Handelspartner Südafrikas geworden. 1978 und 1979 war sie der wichtigste Warenlieferant Südafrikas, 1978 der drittgrößte Abnehmer südafrikanischer Exporte. Das Volumen des bundesdeutsch-südafrikanischen Warenaustausches hat sich von 4,17 Mrd. (1978) auf 6,78 Mrd. (1979) erhöht und betrug im ersten Halbjahr 1980 3,6 Mrd. DM.

Es gibt heute keinen bundesdeutschen Großkonzern mehr, der nicht in Südafrika investiert hätte. Darunter sind die größten Chemiekonzerne Bayer, Hoechst, BASF, - die größten Elektrokonzerne Siemens, AEG-Telefunken, die Schwerindustrie Krupp, Klöckner, Degussa, RWE, Quandt, Blohm und Voß; die größten Unternehmen der Automobilindustrie, Volkswagen, BMW, Mercedes u.a.

Die BRD ist inzwischen der größte Kreditgeber Südafrikas. Insgesamt 60 bundesdeutsche Banken beteiligten sich zwischen 1958 und 1980 an 104 Anleihen in Südafrika. Besonders stark engagiert sind die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerzbank, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die Bayerische Vereinsbank und die Berliner Handels- und Frankfurter Bank. Aber nicht nur die großen Privatbanken, auch öffentlich kontrollierte Banken, alle Sparkassen, die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau vergeben regelmäßig Bankanleihen an das südafrikanische Rassistenregime.

Die Bundesregierung ist nicht nur selbst über die Industriekonzerne und Banken am großen Geschäft beteiligt. Sie fördert auch diese Wirtschaftsbeziehungen, indem sie zum Beispiel auf die Warenlieferungen nach Südafrika Bürgschaften übernimmt (Hermes-Garantien), die die Firmen von jedem steuerlichen Risiko freistellen. Nach dem Aufstand von Soweto stiegen die Bürgschaften von 0,6 Mrd. DM über 3,8 Mrd. DM (1978) auf 5 Mrd. DM (1981).

Außerdem wurde 1975 ein Doppelbesteuerungsabkommen rückwirkend für 10 Jahre in Kraft gesetzt, das in Südafrika investierendes BRD-Kapital von der Steuerschuld in der BRD freistellt.

Auch werden, was zunächst heftigst bestritten wurde, seit Jahren Waffen an das südafrikanische Apartheidregime geliefert, und zwar unter anderem Panzer-Schwersttransporter, UNIMOG-Militärfahrzeuge, Militärhubschrauber, Korvetten, Konstruktionsskizzen für Schnellboote, Spezialmotoren, Transallflugzeuge, Milan-Raketen, Airbusflugzeuge, Panzer, Radarausrüstungen, usw.

Ein bis heute gültiges Kulturabkommen zwischen der BRD und Südafrika von 1963 sichert die wissenschaftlich-technische Kooperation auf militärischem Gebiet. Durch bundesdeutsche Firmen werden Kenntnisse und Informationen zur Entwicklung eines Verfahrens zur Atomanreicherung übermittelt. (STEAG, Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe).

Wie am Beispiel der Lieferung einer Munitionsabfüllanlage unter der Beteiligung der westdeutschen Firma Rheinmetall bekannt wurde, geht die militärische Unterstützung durch die BRD auch nach der Verhängung des Waffenembargos durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (1977) laufend weiter.

Als MBB in Verdacht kam, am Geschäft mit Südafrikas Atombombe beteiligt zu sein (Lieferung von Elementen für eine Urananreicherungsanlage), versicherte ein Firmensprecher: „Nicht wir, sondern Siemens hat die Trennelemente nach Südafrika geliefert.“

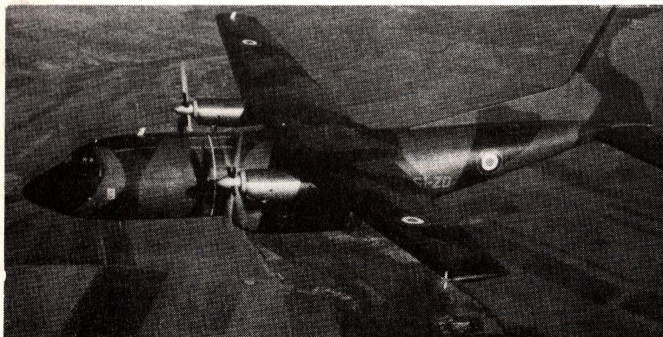


Arbeiter bei AEG in Johannesburg



Bundesdeutsche Militär-LKWs bei der Verschiffung von Bremen nach Durban

Rassisten-Truppen mit bundesdeutschen Unimogs



An Pretoria geliefertes Transportflugzeug Transall C 160, produziert von MBB

afrika ehrlich empört sind, z. B. auf die EKD (Evangelische Kirche Deutschland), die angeblich die schwarze Opposition in Südafrika finanziell unterstützt, zumindest aber verbal protestiert. Selbst die katholische Institution Misereor hat sich gegen das Apartheid-Regime geäußert. Die CDU muß auch Rücksicht nehmen auf liberale Kräfte, die z. B. die Verleihung des Friedensnobelpreises an Tutu begrüßen.

Ganz davon abgesehen klingeln die Kassen auch ohne Konsulat in Windhuk und Sofa im Kanzleramt. Sie klingeln auch unter SPD/FDP-Regierung. (Der ehemalige SPD-Staatssekretär Rohwedder: *Es sei ein Glück, daß die Bundesrepublik Deutschland so stark in Südafrika vertreten sei, denn nur das gäbe die Gewähr, daß der Rassismus allmählich aufgebrochen werde.* FR, 02.12.78). Die Kassen klingeln sogar immer lauter. Aber wie lange noch?

Zum ersten Mal seit dem Verbot des ANC (African National Congress) vor 25 Jahren verhängt P.W. Botha den Ausnahmezustand. Über das, was im einzelnen in Südafrika vor sich geht, wissen wir von der DID-Redaktion soviel, wie der Presse, Rundfunk und Fernsehen zu entnehmen ist. Wir wollen das hier nicht noch einmal aufzählen. Damit aber das Aufbegehren der Schwarzen dem Kapital nicht gefährlich wird, damit das System im südlichen Afrika gefestigt wird, dafür steht die Politik von Strauß.

„Europas natürlicher Partner Afrika“

„Als ich vor acht Jahren im deutschen Bundestag auf die Gefährlichkeit der politischen Entwicklung in Afrika und mit Blick auf dortige sowjetische Aktivitäten hinwies ... erntete ich aus dem liberalsozialistischen Regierungslager nur erstauntes Gelächter ... Eine über den europäischen Gartenzaun hinausreichende weltpolitische Verantwortung müßte sich vorrangig auf den nahen und mittleren Osten, mit besonderem Nachdruck aber auch auf Afrika konzentrieren. Afrika ist geopolitisch und wirtschaftlich der natürliche Partner in der südlichen Erdhälfte ... Nimmt man die politische und strategische Bedeutung unseres südlichen Nachbarernteils hinzu, so erweist dies zusätzlich die Notwendigkeit eines euroafrikanischen Stabilitätspaktes, um die Zusammenarbeit beider Kontinente auf Dauer und im Geiste gleichberechtigter Partnerschaft zu sichern.“ (Strauß, Gebote der Freiheit, München 1980, S. 308).

Bei einem ganz naiven Blick auf den Globus kann man Strauß folgen: Südamerika den Amis (später sehen wir weiter); Afrika den Europäern (sprich Deutschen); und Asien? Dafür hat Strauß andere Pläne.

Es gibt zwei Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, die UdSSR und die USA. Der Kampf gegen die „sowjetischen Aktivitäten“ wird bekanntlich ganz offen betrieben, wobei darunter alles fällt, was mit demokratischem, ant imperialistischem Kampf zu tun hat. Der südafrikanische ANC und die SWAPO sind für Strauß und den Bayernkurier „kommunistische Terrororganisationen“ (BK, 17/85). CSU MdB Graf Huyn spricht von „anbrandenden roten Horden“, das Deutschland-Magazin von „kommunistischen Mordbrennern“.

Strauß löst auch den Widerspruch zur UNO, der sich aus seiner Einschätzung der Befreiungsorganisationen ergibt: Er fordert den Ausstieg der BRD aus der UN-Arbeitsgruppe für Namibia (BK 12/84).

Darüber hinaus gehört zu den „sowjetischen Aktivitäten“ auch das Liebesleben des angolischen Präsidenten Eduardo dos Santos, sowie seiner „Moskau-Garde, die mit einstigen sowjetischen und bulgarischen Parteifunktionärinnen verheiratet sind.“ (BK, 44/84). (Diesen Russen ist aber auch gar nichts heilig.)

Desweiteren bildet laut BK 35/84 Nordkorea internationale Terroristen aus, die gemeinsam mit regulären nordkoreanischen Truppen in Angola eingesetzt werden sollen.

Das ist nichts weiter als eine Bayernkurier-Falschinformation, um dem entsetzten Leser bei dem Gedanken an die kleinen gelben Männchen die rechten Schauer über den Rücken zu jagen. Für weitere antikommunistische und antisowjetischen Propaganda sorgt natürlich sowohl im südlichen Afrika als auch in der BRD die unermüdete Hanns-Seidel-Stiftung. Mit schöner Regelmäßigkeit hält sie Symposien und Kongresse ab, bei denen z. B. der südafrikanische Außenminister Roelof Botha oder der Chef der DTA Mudge referieren. Im südlichen Afrika treibt sie „bildungspolitische Zentren“.

Mit dem BND gegen USA

„Antiamerikanismus“ ist in den Augen Kohls eine Spezialität der SPD. Strauß hat damit nichts zu tun. Deshalb versucht er den Konkurrenten USA ganz im geheimen sozusagen geheimdienstlich aus dem Feld zu schlagen. Im Dezember 1983 hatte ein Emissär aus Washington beim damaligen Kanzleramthef Schreckenberger vorgesprochen und dem Bonner heftige Vorwürfe über unerwünschte Aktivitäten im südlichen Afrika gemacht. Besonders erbot zeigte sich der Besucher über die Rolle des BND. Schreckenberger, Koordinator für die westdeutschen Geheimdienste und noch unerfahren im Nachrichtengeschäft, mußte sich von einem Ausländer darüber informieren lassen, daß der ihm unterstellte Dienst im fernen Afrika mitunter eigene Wege gehe. Der BND reagiere dort weniger auf Bonner Anweisungen als auf Signale aus München: Die alte CSU-Sellschaft, vor Jahren mit Hilfe von Strauß in der Pullacher BND-Zentrale installiert, hat die 13 Jahre sozial-liberaler Regierung offenbar unbeschadet überdauert.

Der BND, so hielt der Amerikaner Kohls Staatssekretär vor, unterstütze in Mosambik die Politik Südafrikas, um die Volksrepublik zu zerschlagen. Über den üblichen Informationsaustausch hinaus, beklagte der Abgesandte aus Washington, sei der Pullacher Dienst dort in „Aktivitäten“ des südafrikanischen militärischen Geheimdienstes verstrickt“ - zum Ärger der Amerikaner.

Tatsächlich suchen die USA seit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Juli 1983 die linke Regierung in Maputo aus der politischen Umarmung der Sowjets zu lösen - mit Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Dies ist offiziell auch die Bonner Linie. Strauß und seine CSU hingegen wollen Mosambik mit Gewalt aus den Klauen Moskaus retten.

Schreckenberger berichtete später, der



Chef der „Demokratischen Turnhallenallianz“ Mudge (2. v. l.) 1978 bei Strauß in München

Umsiedlungsaktionen der weißen Minderheitsregierung

Mit dem „group areas act“ von 1950 hat sich die weiße Minderheitsregierung Südafrikas die Grundlage geschaffen, die verschiedenen Rassen in abgetrennten Wohnbezirken isolieren zu können.

Zwischen 1960 und 1980 wurden mehr als 3,5 Mio. Menschen zwangsumgesiedelt, davon 3 Mio. Schwarze und über 500.000 Inder und Farbige. Weiteren 1,7 Mio. steht die Zwangsumsiedlung bevor.

Betroffen sind all diejenigen, die in Gebieten leben, die die Weißen für sich beanspruchen. So wurden z. B. über 1,5 Mio. schwarze Farmarbeiter zwangsumgesiedelt, weil sie durch den Einsatz von Maschinen in der Landwirtschaft als billige Arbeitskräfte überflüssig geworden waren.

Zwangsumgesiedelt werden auch die Schwarzen, die in den Städten der Weißen leben. Entweder abgeschoben in eines der sogenannten „Homelands“, denen sie anhand ethnischer Kriterien zugeordnet werden, oder an Orte innerhalb des „weißen Territoriums“ geschickt, wo sie besser kontrolliert und überwacht werden können.

Aktuelles Beispiel: Squattersiedlung Crossroads in Kapstadt. Die weiße Regierung ließ 40 km vor Kapstadt eine Siedlung namens Kayelithsa errichten, zu der man nur auf einer einzigen Straße gelangt. Dorthin sollen die 100.000 Einwohner von Crossroads umgesiedelt werden. Mit lächerlichen Versprechungen (einjähriges Aufenthaltsrecht in Kayelithsa) versucht man die rechtlosen und fast alle ohne Aufenthaltsgenehmigung lebenden Menschen zu ködern. Die große Mehrheit Crossroads leistet aber bis heute erbitterten Widerstand.

Eine andere Methode der „Umsiedelung“ ist es, neue Grenzen zwischen „Homeland“ und dem weißen Gebiet zu ziehen, so daß die Bewohner zwar nicht verjagt werden, aber plötzlich ohne Aufenthaltsgenehmigung dasitzen.

Die „Homelands“ (jetzt „Nation State“) hatten früher die Funktion, den Weißen die nötigen billigen schwarzen Arbeitskräfte zu sichern. Heute - bei steigender Arbeitslosigkeit (nach inoffiziellen Schätzungen liegt die Zahl der arbeitslosen Schwarzen bei über 3 Mio), ständig sinkendem Lebensstandard (1983 um 4,1 % gesunken), 50 % der schwarzen Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum, - dienen „Homelands“ als Auffangbecken für alle überflüssig gewordenen Schwarzen, vor allem Arbeitslose, Kinder, Witwen etc.

Nach Rasse getrennt, in unfruchtbare Gebiete gezwungen, ohne ausreichende sanitäre Versorgung, ohne Schulen und Krankenhäuser (die Kindersterblichkeit beträgt in den „Homelands“ 250 pro Tausend), so soll der wachsende Widerstand der Schwarzen abgewürgt werden.



Weder die Gesetze der Apartheid noch alle anderen Maßnahmen der weißen Minderheitsregierung konnten und können den Kampfgeist und den Widerstandswillen ihrer Gegner brechen. Oben Nelson Mandela, seit über 20 Jahren eingekerkert, unten eine Guerillera der SWAPO, die den Kampf mit der Waffe in der Hand führt, dem Nelson Mandela trotz Kerkerhaft nicht abzuschwören bereit ist. Die schwarzen Arbeiter beweisen ihren Mut und ihren Willen zum Sieg mit immer neuen Streiks und Kämpfen.



Amerikaner sei „stocksauer“ gewesen. Die fahrlässige Kumpanei des BND mit dem südafrikanischen Geheimdienst müsse eingeschränkt werden. (Informationen aus Spiegel 1/84). Die Offiziellen aus USA haben allen Grund, sich im südlichen Afrika etwas demokratisch zu gebärden. Haben doch die Proteste gegen den Apartheidstaat den einen oder anderen „Erfolg“ zu verzeichnen. Auf öffentlichen Druck laufen die Kredite der US-Banken nicht mehr über die Regierung in Südafrika, sondern werden nur noch privat vergeben. Kongress und Senat beschlossenen das Ausfuhrverbot von Computern und anderem technischen Material, z. B. von Nukleartechnik. Die US-Regierung hat die Empfehlung des Kongresses freilich nicht angenommen, hat doch Reagan das Exportverbot erst aufgehoben und läßt nun außerdem so friedliche Geräte wie elektrisch geladene Gummiknippel nach Südafrika exportieren.

Der amerikanische Imperialismus verfolgt eine andere Strategie als Strauß, um die Pfründe des südlichen Afrikas zu sichern.

Der sonst überhaupt nicht pingelige US-Außenminister Shultz nennt die UNO-Resolution zur Namibiafrage: „die einzige international akzeptable Grundlage für eine Lösung“, er ist also gegen die Interimsregierung, die Strauß begrüßt.

Die angolische MPLA besteht für Strauß aus Terroristen. Die USA erkennen die MPLA an. Beutet doch Gulf Oil die angolischen Ölvorkommen aus, was CSU-MdB und Südafrika „Spezialist“ Hanns Klein ihnen wiederum zum Vorwurf macht: sie würden indirekt die Sowjets unterstützen. (BK 26/85). Die Auseinandersetzungen der Konkurrenten: US-Kapital und BRD-Firmen ist noch nicht entschieden. Doch gibt es für Strauß greifbare Erfolge. Die FR vom 08.07.85 meldet: „Deutsche Banken stützen Südafrikas Regime am meisten“, wobei die Bay-

rische Vereinsbank und die Dresdner Bank mit je knapp einer Milliarde an der Spitze liegen.

Groß-Südafrika

Ein vereinigtes südliches Afrika unter der Fuchel der Südafrikanischen Republik, das wäre doch was, um die Geschäfte seiner Auftraggeber im Schwarzen Kontinent, dem „natürlichen Partner Europas“ zu sichern.

Nach der Rückkehr von seiner ersten Südafrikareise 1966 spekulierte Strauß „Südafrika könne durch seine riesigen Bodenschätze ... zur Quelle des Wohlstands im südlichen Teil des Kontinents werden ... im Sinne eines großen Wirtschaftskooperativs, das Südwest (das war damals schon Namibia, aber man hält halt gern an alten Gewohnheiten fest, d. Red.) Rhodesien, die portugiesischen Überseegebiete und einige schwarze Staaten umfassen könnte“. (Die Welt 11.05.66)

Strauß steht fest in der Kontinuität deutschen Großmachtstrebens. 1938 verfaßte das Auswärtige Amt für eine Unterredung zwischen dem südafrikanischen Verteidigungsminister Pirow sowie Hitler, Göring und Ribbentrop eine Vorlage. Dort hieß es: „Pirows politische Ziele sind ein ausgesprochenes „großes Südafrika“ als führender Staat im afrikanischen Raum. Daher der Ausspruch: Afrika südlich des Äquators ist Interessensphäre der (Südafrikanischen; die Red.) Union“. Premierminister P. W. Botha: „Die Republik Südafrika ist eine Großmacht auf den Subkontinent und wir entschuldigen uns nicht für seine industrielle und militärische Stärke. Wir haben die Erfahrung und die Mittel erworben, um jedem in Südafrika und in unseren Nachbarländern zu einem besseren Leben zu verhelfen.“ (Informationsdienst der südafrikanischen Botschaft, Bonn 17/84).

BK, 34/84: „Südafrika wächst mehr und mehr in die Rolle einer regionalen Supermacht hinein.“ Das „bessere Leben“ in den Nachbarstaaten soll herbeigebommt werden. Ziele solcher Angriffe sind zum Beispiel Botswana, Sambia, Lesotho, Swasiland, Mosambik. Namibia ist von Südafrika besetzt. In Angola stehen südafrikanische Soldaten. Abgesehen von den strategisch militärischen Interessen, die die NATO gegen die Sowjetunion in Südafrika hat („Füllt Südafrika, wird die Verteidigung der westlichen Welt, vor allem Europas, sehr bedrohlich geschwächt“, General, Graf Kielmannsegg, Nato-Befehlshaber a.D.), benötigt Südafrika die Waffenlieferungen der Westmächte hauptsächlich für den Aggressionskurs gegen seine Nachbarn.

Drei Beispiele, wie die Rassisten dabei von Strauß unterstützt werden:

- Mosambik: Die faschistische RNM (Resistencia Nacional Moçambicana) steht in Dienst und Sold Südafrikas. Wiederholt verübte sie Sabotageakte gegen Straßen, Eisenbahnverbindungen, Pipelines. Sie bombardierte Büros des ANC in Maputo, wobei sie auf Zivilisten keine Rücksicht nahm.

Die Verbindung der RNM zu Strauß wurde schon erwähnt. Es gelang den Faschisten, die Versorgungssituation so bedrohlich zu verschlechtern, daß der Präsident der Volksrepublik Mosambik Machel angesichts des Hungers in seinem Land glaubte, sich mit dem Rassisten-Regime arrangieren zu müssen.

Im Herbst 1984 schlossen Südafrika und Mosambik einen „Waffenstillstands- und Wirtschaftsvertrag. „Ideologie weicht der Macht“, kommentierte die Londoner Times. „Ein bißchen Destabilisierung, fein abgestimmt, vollbringt Wunder“, freute sich die Johannesburg Sunday Times.

Und CSU-Entwicklungshilfeminister in Bonn-Warnke im Bayernkurier: „Ein Wirtschafts- und Sicherheitsab-



Zurückgelassene Mordwerkzeuge und ermordete Kämpfer des African National Congress nach dem südafrikanischen Überfall auf Mocambique 1981

kommen zwischen Mozambique und Südafrika, der Beginn einer Annäherung zwischen Südafrika und Angola - diesen Friedensprozeß fördern wir nach Kräften ..." (BK, 46/84).

Angola: Hier herrscht nach wie vor Krieg. Südafrikanische Truppen befinden sich auf angolanischem Gebiet. Ihre Anwesenheit wird mit kubanischen Soldaten in Angola gerechtfertigt.

Weiterhin unterstützt Südafrika die antikommunistische UNITA. Es liefert ihr Treibstoff und Waffen. Der UNITA-Führer Savimbi bezeichnet sich und seine Leute als Nationalisten. Seine internationalen Beziehungen und Sympathien sind bei der äußersten Rechten zu suchen (Hasan II., CIA ...). Als 1979 Strauß Savimbi in München traf, bezeichnete er ihn als „seinen alten Freund“.

Namibia: Hier liegen die Dinge etwas „einfacher“, denn Namibia ist von Südafrika besetzt.

Zu den Einsetzungsfeierlichkeiten der Interimsregierung von Bothas

Gnaden reiste das CSU-MdB.

Hanns Klein nach Windhuk, im Gepäck eine Grußbotschaft von Strauß: „Dieser erneute Versuch, die Lösung der Namibia-Frage voranzubringen, verdient die volle Unterstützung der freien Welt, besonders aber der Bundesrepublik Deutschland, die eine besondere Verantwortung für Namibia trägt ... Meine politischen Freunde und ich werden den uns möglichen Beitrag leisten (der Interimsregierung, die Red.) die Aufgaben im wohlverdienten Interesse aller Menschen in Namibia leichter zu machen.“

Der Bayerkurier vermerkt: Beim Strategiesymposium der HSS im November 1984 wurde von einem Vertreter der Mehrparteienkonferenz (aus der dann später die Interimregierung gebildet wurde) „an den 100. Jahrestag der deutschen Kolonisierung seines Landes und an die rund 30.000 Namibier deutscher Volkszugehörigkeit“ erinnert. Die „besondere Verantwortung“ der BRD!

Es wird auch so weitergehen in den nächsten Monaten, denn Strauß ist im Dilemma: obwohl Kohls Ansehen bei der Gesamtbevölkerung rapide gesunken ist, ist er in der CDU immer noch unumstritten. Vielleicht deshalb, weil „die CDU weitgehend Kohl ist, daß ihre Mentalität und innere Verfassung sich in seiner Person widerspiegeln, er ist der getreue Ausdruck einer gewissen Dumpfheit, Provinzialität und eines diffusen Populismus, der diese Partei beherrscht.“ (Rohrmoser - zu seiner Person s.u.).

Mit dem Kanzlersturz ist es also nicht so einfach. Was ist zu tun? Man beweist, daß die BRD eigentlich von München aus regiert wird. Ein Mittel, das Strauß dazu seit dem SPD-Sieg an der Saar in die Hand bekommen hat, ist der Bundesrat. Dort gibt jetzt Bayern den Ausschlag für die Regierungsvorlagen. Gegen alle Gesetze und Verordnungen kann man jetzt Einsprüche erheben und drohen, sie zu torpedieren.

Oder man lanciert ein Papier, das einen völligen Verriß der Koalition bedeutet und einen Verfall der CDU konstatiert, versieht es mit Randnotizen und verschickt es an die Parteifreunde. Wenn die Diskussion über dieses Papier eines gewissen Rohrmoser, rechter ‚Sozialphilosoph‘ aus Stuttgart, im vollen Gange ist, läßt man erklären, die Analyse stimmt zwar, aber die Schlußfolgerung sei unbrauchbar. Diese hieß, wenn der Verfall der CDU nicht auf Bayern übergreifen sollte, müsse die CSU aus der Regierung raus.

Dann macht man einen „Kleinen Parteitag“ und unterstützt dort noch einmal Rohrmoser indirekt: „Wir müssen den Leuten klarmachen, warum sie U nion wählen müssen.“ Betont dann die Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen erneut dick: „Die Belastung Franz Josef Strauß ist weggefallen - jetzt ist sogar fast ein Bonus daraus geworden! Und der Kandidat der CDU ist ausgewechselt worden! Da hat die CDU 7 % verloren!“ (Strauß hat den Vorwurf nicht vergessen, die letzte Wahl in Nordrhein-Westfalen sei für die CDU deshalb verloren gegangen, weil er damals Kanzlerkandidat war!) Und erst dann distanziert man sich von allen Plänen: „Wenn heute die CSU die Koalition verlassen würde, bricht diese Regierung zusammen.“ Stimmt. Dabei verliert aber auch die CSU ihren Einfluß. Deshalb geht es ja nicht.

Dann greift man in die alte Adenauer'sche Trickkiste, ein Wahlsieg der SPD wäre der „Untergang Deutschlands“. Davor könne nur Strauß retten, auf den müsse in Bonn stärker gehört werden ...

Warum sollte man nach Bonn gehen, wo sich doch von München aus viel

Nichts Neues vom Kanzlersturz



„Ich glaube, du bist wieder an der Reihe!“

Wir nehmen an, daß die meisten DID-Leser die letzten Attacken von Strauß gegen Kohl verfolgt haben und gehen deshalb nur kurz darauf ein. Die Methode ist ohnehin immer ähnlich. Wir meinen nur, daß es gefährlich würde, wenn wir die Straußschen Angriffe nicht mehr ernst nähmen, weil sie sich

dauernd wiederholen und weil Kohl immer noch so fest im Sattel klebt. Solange der Widerstand gegen die Kohl-Regierung von Seiten der Demokraten nicht stärker wird, bleibt uns nichts anderes, als immer wieder auf die Gefahren, die ihr von Strauß drohen, hinzuweisen ...

besser Politik machen läßt, ohne daß man für die Fehler dieser Regierung verantwortlich gemacht wird. Und so kommt man voran, Schritt für Schritt. In Personalentscheidungen beim Verfassungsschutz und beim Bundespresseamt, in den Plänen mit Rundfunk und Fernsehen, bei der Familienpolitik, usw.

Demonstrationen wir im Oktober gemeinsam mit dem DGB gegen die Kohl-Regierung, damit nicht Strauß ihr den Garaus macht, sondern wir!

Wie der Ruf der Führer des Rechtskartells von seinen Anhängern verstanden wird, zeigt der folgende Leserbrief aus der FAZ. Koalition zwischen SPD und Grünen hieße, daß 1987 die letzten freien Wahlen gewesen wären!

Aus Sorge um Deutschland

Zu Ihrer Glosse „Strauß und Genscher“ (F.A.Z. vom 15. Juni): Die Formel Ihres Redakteurs „kurzatmiger Opportunismus“, bezogen auf den bedeutendsten Staatsmann der Bundesrepublik und Europas überhaupt, ist geradezu abenteuerrich. Es ist aber nun einmal so: Jeder Mensch legt bei der Beurteilung anderer Menschen das eigene, persönliche Maß an. Man kann sich nicht vorstellen, daß Franz Josef Strauß einzig und allein aus Sorge um Deutschland und nicht etwa aus Mißgunst oder was auch immer handelt. Wir haben die Wahl-Katastrophe in Nordrhein-Westfalen erlebt, und kein Bundesbürger, der einigermaßen politisch denken kann, zweifelt daran, daß der Bundeskanzler Kohl an diesem Debakel mitträgt. Was erwartet aber Deutschland, wenn nach 20 Monaten dank dem Negativeffekt Helmut Kohl es zu einer Koalition zwischen einer SPD, die in den Neutralismus, in den Anti-Amerikanismus und Pro-Sowjetismus abgedriftet ist, und der Partei der Grünen, deren Außenpolitik nach Moskau orientiert ist, kommt? Zweifelt etwa Johann Georg Reißmüller daran, daß in einem solchen Fall die Wahlen im Februar 1987 die letzten freien Wahlen in Deutschland bis zum Ende des Jahrhunderts sein werden? Ist es nicht diese Sorge, die Franz Josef Strauß zu den „Querschüssen“ veranlaßt, und nicht persönlich bedingter „Unmut über Kohl“?

Dr. Stefan Marinoff, München

Spendenauf Ruf

Für den Demokratischen Informationsdienst

Ich spende:

mein Jahresgehalt
mein Monatsgehalt
meine Kirchensteuer
mein Taschengeld
meinen Feststagsbraten
eine Sahnetorte
ein Päckchen Zigaretten

CSU und Rechtssprechung

CSU-Vize-Generalsekretär Dr. Wolfgang Held zum milden Urteil gegen Wiesheu: "Es ist nicht üblich, daß die CSU Urteile unabhängiger Richter kommentiert."

Daran hält Stoiber sich nicht und wirft dem Frankfurter Amtsrichter, der die Pershing-Stationierung verfassungswidrig nannte, Rechtsbeugung vor und fordert gar eine Änderung des Tatbestandes der Rechtsbeugung, damit der Frankfurter Amtsrichter nicht mehr "durchschlüpfen" könne. Als einem Spezialisten für geistig-politische Verwirrung ("Nazis = Sozis") gelingt Stoiber die absurde Vermengung zweier auseinanderliegender Sphären, indem er die Nicht-Verfolgung der Nazi-Blutrichter mit dem Frankfurter Urteil zusammenbringt. Es grenzt schon an Tollheit, nach Jahrzehnten der Abstinenz das Problem der mörderischen Rechtsbeugung durch Nazi-Richter in Zusammenhang mit dem ersten Freispruch für einen harmlosen Sitzstreik aufzuwerfen. Je-

ne Richter richteten im CDU/CSU-Staat fröhlich weiter, fanden gerne in der Nähe der Strauß und Stoiber ihre politische Heimat und machten die weitere Karriere, die Freisler versagt blieb, und verzehren zusammen mit dessen Witwe ihre üppigen Pensionen. Stoiber indes sieht verblüfft und entsetzt einen etwas unabhängigen Richter in Frankfurt und erstrebt die Gleichschaltung mit Bayern durch die Forderung nach stärkerer "Dienstaufsicht" für Richter - die wiederum in Bayern gar nicht erst nötig ist. Der milde Wiesheu-Beisitzer Volker Osterkamp war als Einzelrichter bei Verurteilungen des presserechtlich Verantwortlichen des Anti-Strauß-Komitees nie so nachsichtig wie bei dem besoffenen Generalsekretär. Eine Kommentierung oder gar der Vorwurf der Rechtsbeugung käme allerdings zu teuer, da es sich immer nur um Knie- und Verstandesbeugungen handelte.

Stoibers Lieblingskind über die Runden gebracht

Edmund Stoiber ist zufrieden: in der Familienpolitik sei die Wende gegückt. In wesentlichen Punkten habe die Bundesregierung bei ihren Entscheidungen bayerische Vorschläge angenommen. „Mehr als die Hälfte der 50 Forderungen des 1984 erarbeiteten familienpolitischen CSU-Programms sind bereits konkret eingeleitet oder verwirklicht.“ Der Hauptpunkt dieses Programms war das Erziehungsgeld, das die Bundesregierung jetzt beschlossen hat. Was bringt es für die Frauen?

„Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbeitet, wer am Nachmittag seine Landwirtschaft betreibt, oder wer vormittags arbeitsteilig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich dem angeblich alles dominierenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung.“ So gab Familienminister Heiner Geißler auf dem CDU-Parteitag 1984 das Motto aus. Da der Versuch Arbeitsministers Blüms mit der „neuen Mütterlichkeit“ fehlgeschlagen war und die Frauen sich scharenweise von der CDU/CSU abwandten (in den 60er Jahren hatte die CDU/CSU bei den Frauen einen Wahlvorsprung von 10%, heute sind es nur noch 1,5%,

die sich vor allem von den älteren Frauen herleiten), mußte eine neue Taktik angewendet werden, um die Frauen einzufangen. Nur eine Minderheit aller Frauen im Alter von 18 bis 50 Jahren will, nach einer Infas-Untersuchung, ausschließliche Hausfrau und Mutter sein. 58 % befürworten eine lebenslange Berufstätigkeit, nur 30 % sehen Hausfrau als Lebensaufgabe.

So bekamen wir 'das Erziehungsgeld mit Arbeitsplatzgarantie - Verzeihung, Beschäftigungsgarantie (d. h. es muß nur die Rückkehr in den alten Betrieb ermöglicht werden). Denn den Protesten von CDU-Mittelstandsvereinigungen, CDU-Wirtschaftsrat, Sozialausschüssen der CDU und aus dem Unternehmerlager, wo sich vor allem der Mittelstand laut meldete, mußte schließlich Rechnung getragen werden.

„Rohrkrepierer“, „Bumerang für die Frauen“, „eine überzogene Anforderung auf Kosten der Wirtschaft“, hieß es. Die Unternehmer sahen das Schlimmste, nein nicht für sich, sondern für die betroffenen Frauen voraus durch diese „beschäftigungsschädliche“ Maßnahme. Das gäbe ein „Einstellungshindernis für die angeblich Begünstigten“.

Dabei haben Stoiber und Geißler ja so recht: eine Belastung für die Betriebe

ist das Gesetz wirklich nicht. Es liefert sogar einen Vorwand für die neuen Zeitarbeitsverträge à la Blüm. Denn befristete Arbeitsverträge waren beim Mutterschutz immer schon möglich. Jetzt dagegen können sie generell für 18 Monate abgeschlossen werden, und das wird in besonderem Maße junge, „gebärfähige“ Frauen treffen! Die Bundesregierung behauptet, diese „Flexibilisierung“ bringe mehr Neueinstellungen. Sie wird stattdessen nur eine Entrechtung der Arbeitnehmer bringen, Zeitarbeitsverträge statt festen Anstellungen, wo keiner den Mund aufzumachen wagt.

Geißler hat noch ein weiteres angesprochen: er rechnet damit, daß nur 50 % der Frauen nach einem Jahr wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren werden, daß also die Hälfte der Frauen ihrer eigentlichen Lebensaufgabe zugeführt werden kann. Die Zurücknahme der Arbeitsplatzgarantie auf eine Beschäftigungsgarantie wird bei dieser Tendenz noch kräftig mithelfen: denn wenn eine erfahrene Sachbearbeiterin sich als Schreibkraft zurückmelden darf, wird sie sich das gut überlegen.

Lediglich den unqualifizierten Frauen, deren Vertretung keine lange Einarbeitungszeit erforderlich macht, wird ihr Arbeitsplatz erhalten werden. Da von Wahlfreiheit der Frauen zu reden, ist einfach ein Hohn. Die meisten müssen einfach arbeiten gehen, ob sie wollen oder nicht, weil sie alleinstehend sind oder weil mit 1.200 DM netto eines Hilfsarbeiters keine Familie zu ernähren ist. Andere würden gern arbeiten, finden aber keinen Job. Die dritten finden keinen Krippen-, Kindergarten- oder Hortplatz für ihre Kinder, usw.. Wahlfreiheit?

Auch ansonsten wurde auf dem CDU-Parteitag viel Wortgeklänge für die Frauen gemacht. Die CDU verlangt plötzlich vieles, was die Frauenbewegung seit Jahrzehnten fordert. Das kann aber nicht als Erfolg der Frauenbewegung gewertet werden, sondern ist pure Heuchelei der CDU. Denn es sind genau solche Punkte, wo seit Antritt der Kohl-Regierung mehr gespart wird denn je: eine gute Kinderbetreuung, Ausbau der Horte, Unterstützung von Selbsthilfeprojekten von Frauen, Frauenhäuser, Unterhaltsrecht, Arbeitszeitverkürzung, gleiche Berufschancen für Mädchen.

Allein 320 Millionen wurden beim Mutterschutz gespart: statt 750 DM pro Monat gab es nur noch 510 DM. Das Erziehungsgeld wird sich auf 600 DM belaufen. Schon die 750 DM waren knapp, konnte sich eine Arbeiterin oft nicht „leisten“, geschweige denn eine alleinstehende Frau, der dann noch zusätzlich 356 DM Sozialhilfe zustanden. Die 600 DM gibt es jetzt für alle Mütter, ob sie es nötig haben oder

nicht. Erst ab dem 7. Monat gibt es eine Einkommensbegrenzung. Geißler hat einfach eine Umverteilung von den berufstätigen Frauen zu den Hausfrauen vorgenommen. Bleibt die Frau berufstätig, weil sie mit den 600 DM nicht auskommen kann, erhält sie gar nichts! Ausgenommen sind bezeichnenderweise Teilzeitarbeit, Kapovaz, Heimarbeit und Job-sharing (Kapovaz heißt: kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, d.h., z.B., daß Verkäuferinnen auf Abruf bereit stehen müssen, wenn im Kaufhaus plötzlich viele Kunden erscheinen). Alle aufgezählten Arbeitsformen sind oft ungeschützte Arbeitsverhältnisse, wie sie den Frauen jetzt empfohlen werden, obwohl 80 % aller arbeitslosen Frauen eine Vollzeitarbeitsplatz suchen! So kann es zu der empörenden Ungerechtigkeit kommen, daß eine Teilzeitschäftigte bei einem Einkommen von 1.000 DM Erziehungsgeld bekommt, eine Vollzeitbeschäftigte mit dem gleichen Lohn dagegen nichts!

Frau Wex, die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung, hat deshalb völlig recht: das Gesetz ist kein Verstoß gegen die Prinzipien der Marktwirtschaft, sondern vielmehr ein Beitrag, „unsere Industriegesellschaft durch eine stärkere Betonung des Menschlichen zu stabilisieren und sie gegen radikale Ideologien abzusichern“. Statt „stärkere Betonung des Menschlichen“ kann man auch Gebärdprämie sagen. Denn das Mutterbild wird bei allen Verlautbarungen nicht angegriffen. Wenn schon die Frauen, außer Mütter zu sein, auch noch berufstätig sein wollen, wenn man ihnen das einfach nicht ausreden kann, dann sollen sie das halt nebenberuflich, in Teilzeit tun. Hauptsache sie sehen im Muttersein ihren Hauptberuf. Strauß hat übrigens über den Bundesrat auch schon einen Vorschlag für den überstrapazierten Mittelstand parat: die kleinen und mittleren Betriebe sollen einen gemeinsamen Fond finanzieren, aus dem die Ausgaben für das Erziehungsgeld zu 80 % ersetzt werden sollen.

Auch sonst wird für die Familie die Wende zügig gegangen: Die Stiftung „Mutter und Kind“, womit Geißler viele Frauen zur Fortsetzung ihrer Schwangerschaft ermuntern wollte, ist praktisch schon pleite. Die Gelder, die für dieses Jahr bereitstanden, sind fast ganz ausgegeben. Frauen, die von Sozialhilfe oder entsprechenden Beträgen leben müssen, bekommen oft nur ein paar hundert DM. Teilweise springt die Stiftung nur so weit ein, wie vorher von der Regierung der Rotstift angesetzt wurde. Zum Glück haben sich die meisten Frauen nicht auf diese „Hilfe“ verlassen: die Beratungsstellen gaben an, daß die Mittel überwiegend von



Frauen beantragt wurde, die ohnehin entschlossen waren, ihr Kind auf die Welt zu bringen.

Doch an der Abschaffung des § 218 wird weiter gearbeitet. Strauß ist nun beinahe so weit, die Klage gegen die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen durchzusetzen. Nicht die bayerische Landesregierung klagt jedoch, auch nicht die CSU-Landesgruppe in Bonn, wie schon mehrfach angekündigt. Dafür sei das Thema zu wichtig, das sei eine „unbefriedigende Hilfskonstruktion“, bei so einer Grundsatzfrage müsse schon der Bund aktiv werden. Doch in Wirklichkeit war es so, daß die CSU keine Mehrheit in der Koalition bekam und auch nicht die nötigen 170 Stimmen im Bundestag. Deshalb bat Strauß jetzt Kohl verdonnert, das Problem zu lösen. Der gab es an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, weiter. Der ist darüber höchst unglücklich, weil es ihm bei der bevorstehenden Landtagswahl die Frauen vergrätzt. Da er aber Kohl schon zugesagt hat, wir er wohl in den sauren Apfel beißen müssen.

Werner Hüttche, so springen pro Kind nur 20 - 26 DM heraus, weil andere Vergünstigungen wie der bisherige Kinderfreibetrag wegfallen. Insgesamt, so Hüttche, bleiben von dem hochgelobten Familienlastenausgleich monatlich 38 DM für einen Kleinverdiener.

Auch das „Jahrhundertgesetz“, das sog. „Babyjahr“, d. h. die Anrechnung eines Beitragsjahres bei der Rentenversicherung für die Kindererziehung, bringt nur den Hausfrauen etwas, etwa 25 DM bei der Rente. Es gilt nur für Frauen, die unter 65 sind - gerade den „Trümmerfrauen“, die keine Chance hatten, einen eigenen Rentenanspruch aufzubauen, erhalten nichts! Das Unrecht, daß Frauen, die ihr Leben lang geschuftet haben, keine menschenwürdige Rente erhalten, sondern z. T. unter dem Sozialhilfessatz liegen, wird nicht beseitigt. Schließlich soll die abhängige Stellung der Frau, die der Kinder wegen ihren Beruf aufgab, im neuen Scheidungsgesetz wieder zementiert werden. Das Schuldprinzip wird wieder eingeführt. Ab Mitte 1985 kann der Unterhalt der Frauen versagt, herabgesetzt oder zeitlich begrenzt werden, z.B.

- wenn sich der „Berechtigte“, d. h. meist die Frau, „über schwerwiegende Vermögensinteressen des Verpflichteten mutwillig hinwegsetzt“,
- wenn „ein offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten gegen den Verpflichteten“ vorliegt („Seitensprung“). Gekürzt werden kann auch dann, wenn die Frau arbeitslos ist oder die Kinder betreut.

Aber auch wenn ganz allgemein nach Berücksichtigung der Dauer der Ehe es der „Billigkeit“ entspricht. D.h. eine Frau, die nach der Scheidung keine Stelle findet, trägt das Risiko der Arbeitslosigkeit selbst. Das „Arbeitsplatzrisiko“ sollte nicht auf ewige Zeit beim Unterhaltsverpflichteten liegen. Also soll es auf die Sozialhilfe abgewälzt werden, bzw. die Eltern oder Kinder der betroffenen Frau, die zum Unterhalt herangezogen werden können!

Die Wende der Frauen in der Familienpolitik wird tatsächlich herbeigeführt, aber auf eure Kosten: die wenigen Erwerbschancen sollen wieder abgeschafft werden.

Eine weitere „Soziale Großtat“ der Bundesregierung neben dem Erziehungsgeld stellt sich als Flop heraus: Die Steuerreform soll vor allem den Familien zugute kommen, heißt es in Bonn. Laut Dregger sei das „nicht nur ein Neuanfang, das ist eine Revolution“. Rechnet man einmal ganz simpel nach, wie der Sozialexperte des Familienbundes Deutscher Katholiken,

MAJESTÄTSBELEIDIGUNG

Nach eineinhalb Jahren Prozessiererei wurden die Redakteure der „Buschtrommel“, einer alternativen Zeitschrift, die im Raum Rosenheim erscheint, freigesprochen.

Strauß hatte bei seiner Rede auf dem Marienplatz im November 1983 die Teilnehmer der Menschenkette auf der schwäbischen Alb als „nützliche Idioten im Sinne Lenins“ bezeichnet. Die „Buschtrommel“ stellte daraufhin unter der Rubrik „Weitersagen an FJS“ fest: „Besser ein nützlicher Halbidiot in der Menschenkette, als ein nutzloser Vollidiot auf dem Marienplatz.“

Das Bayerische Oberste Landesgericht sprach die Angeklagten jetzt endgültig frei, es sei denn, die Staatsanwaltschaft interpelliert beim Europäischen Gerichtshof.

Die alternative Zeitung „Simbacher Stadtbladl“ schrieb im März 1982:

Man sei bislang der Meinung gewesen, „der etwas dickliche Herr mit der Baßstimme sei mit einer außenpolitischen Beratertätigkeit betraut wie der planungstechnischen Beratung beim Bau des KZ's des Herrn Pinochet oder gar des Ananasimports aus Alaska“. Die Abkürzung „KZ“ war in einer Fußnote mit „Kulturzentrum“ erklärt worden.

Im März 1983 begann die Prozeßwelle.
1. Instanz: Verurteilung zu DM 875,00 Geldstrafe
2. Instanz: Freispruch

Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Sie fordert DM 1.170,00 Geldstrafe und die Zahlung der gesamten Prozeßkosten. Damit wäre das „Stadtbladl“ finanziell ruiniert und Bayern um einen frechen Kritiker ärmer.

1979 veröffentlichte der Kommunistische Hochschulbund (KHB) ein Flugblatt mit der Überschrift: „Wer hat Angst vorm starken Mann“, in dem die Politik des CSU-Vorsitzenden als antidemokratisch, gewerkschaftsfeindlich und expansionistisch dargestellt wurde. Strauß nahm an folgender Formulierung Anstoß:

„Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!
Stopp! Strauß, denn Strauß heißt Krieg!“

Und auch wegen der Kennzeichnung seiner Person als „Volksverhetzer“ zerrte er die damalige presserechtlich Verantwortliche des KHB, Gabi Anders vor die schranken des Gerichts. Gabi Anders schrieb dem Demokratischen Informationsdienst:

Liebe Freunde!

Nach drei Berufungsverfahren und drei Revisionsverfahren (Amtsgericht, Landgericht, Bayerisches Oberstes Landgericht und wieder zurück ...) wurde ich wegen fahrlässiger Verletzung des Presserechts zu einer Geldstrafe von 200.-- DM verurteilt. In der Kostenfestsetzung wurde bestimmt, daß ich neben meinen eigenen Anwaltskosten auch noch die von Strauß zu tragen hätte. Der Anwalt von Strauß, H. Ossmann, schickte mir eine Rechnung über etwa 9000.-- DM (in Worten neuntausend) + 4 % Zinsen. Er orientierte sich an der oberen Grenze der Gebührenordnung und begründete dies mit der „Bedeutung der Sache für den Nebenkläger (Strauß - die Red.) auch in Hinblick auf die Wiederholungstätergefahr, die nicht an der verhältnismäßig geringen Geldbuße gemessen werden kann. Für einen Gebührenansatz an der oberen Grenze der Rahmengebühren sprechen auch die Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Nebenklägers, auf die finanziellen Verhältnisse der Angeklagten kommt es dagegen nicht an.“ (Aus einem Schreiben von Ossmann.)

Und dies, obwohl das Gericht feststellt hat, bei der Strafzumessung würden die materiellen Verhältnisse sehr wohl berücksichtigt. Ich bin werktätig, alleinerziehende Mutter von zwei Kleinkindern. Unter diesen Umständen bedeuten die 14.000.-- DM Prozeßkosten die beabsichtigte Vernichtung meiner Existenz zu dem Zweck, daß möglichst alle Wahrheit über Kriegstreiber und die drohende faschistische Gefahr verstummt, schon gar, wenn sie von Kommunisten kommt.

Eine abschreckende Wirkung konnte durch das Urteil selbst nicht erreicht werden - da übernimmt die Straußanwaltschaft selbstherrlich die Fortsetzung der Strafe - eine Absicht, die Ossmann schon verkündet hat, nachdem ich im Prozeß neue aktuelle Fakten über die Politik von Strauß auf den Tisch gelegt hatte.

Ich bitte Euch, meinen Fall im DID zu veröffentlichen. Ich brauche die Solidarität der Demokraten.

Eure Gabi Anders

Spenden an:
Armin Reininger
Hypo-Bank Schwabing,
Kto-Nr: 3180192521
BLZ: 700 200 01
Kennwort: „Stopp! Strauß“

Spektakulärer Fakultätswechsel:

Ehrenprofessor für chilenische Rechte sattelt um auf politische Wissenschaften

Verleihung der Ehrendoktorwürde an FJS

Dem Ministerpräsidenten Dr. h.c. mult. Franz-Josef Strauß wird nun auch der Ehrendoktor für Politische Wissenschaften durch das Geschwister-Scholl-Institut der LMU verliehen. Das bedeutet für ihn eher einen rangmäßigen Abstieg, firmiert er doch bereits als Ehrenprofessor für chilenische Rechte, verliehen von der Mörderdiktatur Pinochets. 18. 11. 1977 - Lateinamerika-Nachrichten 55, 21. 12. 77, S. 6 f.

„Für den Nachmittag hatten sich die chilenischen Behörden eine besondere Ehrung ihres Propagandisten (Strauß) ausgedacht. In der alterwürdigen Jura-Fakultät der chilenischen Staats-Universität wurde Strauß zum Ehrenprofessor der chilenischen Rechte ernannt - ein Ehrentitel, der in der gesamten Geschichte der Universidad de Chile nur zweimal vorher vergeben worden war. Freilich sind es heute keine alterwürdigen Wissenschaftler mehr, die über die Verleihung solcher Würden entscheiden. Der Rektor ist ein General, und die Dekane sind von ihm ernannt.“

Hugo Rosende, der heutige Dekan der Juristischen Fakultät, aus dessen Hand Strauß die Ehrung entgegennahm, ist in Chile wohlbekannt als Stellanwalt der Junta... Immer wenn es gilt, die als „Ausnahmegericht“ beschönigte staatliche Willkür vor Gericht gegen die Menschenrechte und die formal weiter geltende chilenische Verfassung durchzusetzen, tritt Rosende als Anwalt des unbegrenzten staatlichen Machtanspruchs auf... Daß Strauß sich von dieser Symbolfigur ehren ließ, mußte in Chile als Demonstration für das Rechtsverständnis der Junta verstanden werden sowie dafür, daß bei den gewürdigten Verdiensten um die Rechte Chiles die politischen und nicht die juristischen Rechte gemeint waren. Strauß bedankte sich mit dem philosophischen Satz: 'Ich werde außerhalb Chiles über dieses Land nicht die Halbwahrheit sagen, die des Teufels ist, sondern die ganze Wahrheit, die von Gott ist.' "

Nach diesem netten Satz, der ihm einen bequemen Stammplatz in der Hölle sichert, hielt er anderntags die berühmte Rede, die zur 'Erhaltung der Freiheit in Chile' aufrief (20.000 Mordopfer der Junta): „Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in ihrem Lande, gleichgültig von woher sie bedroht wird, erhalten bleibt...“

Was immer den Verleihern an Straußschen Verdiensten als 'Politischer Wissenschaftler' einfällt, er kommt natürlich eher als Täter in Frage; doch das Niveau der politischen Wissenschaftsbestreben von Konservativen ist so niedrig, das Gewerbe als Hilfswissenschaft der Herrschenden so verkommen, daß gelegentliche Geschichtsklitterungen von Strauß, welthistorische Betrachtungen über die glücklichen Schwarzen in Südafrika, die Freiheit in Chile oder die Unfähigkeit von Kohl als wissenschaftlich durchgehen mögen. Oder folgende wissenschaftliche Perle: „Wir weisen die Behauptung von der Alleinschuld oder Hauptschuld Deutschlands an den Weltkriegen entschieden zurück.“ (Spiegel, 4.8. 1969)

Ohne weitere Erörterung des drolligen Niedergangs bürgerlicher Wissenschaftsversuche: Verleiher und Geehrter sind einander durchaus wert.

Natürlich wären für Strauß auch andere Ehrendoktorhütten denkbar. (Im Verleihen von Ehrendoktorhütten, Ehren-

bürgerschaften, Orden, Ehrenzeichen und anderem Tineff war man hier immer groß, auch wenn es nachher zu peinlichen Tilgungen kam oder Hitler immer noch Ehrenbürger von diesem oder jenem Kaff ist.) Für Strauß wären auch Ehrendoktorhütten denkbar: Finanzwissenschaften (wg. Flick u.a.), Architektur (wg. FIBAG), verschiedene Sparten von Technik (wg. Wiederbewaffnung), Biologie (wg. Ratten und Schmeißfliegen), Zeitungswissenschaft (wg. Spiegel), Literatur (wg. Sonthofener Rede, Passauer Auftritte), Geschichte (wg. Klittern) usf. - wir wollen gar nicht im einzelnen aufführen, wieviel Skandale unter einen Ehrendoktorhut passen, sondern einige Ansichten des Strauß, die allerdings von den Verleihern offensichtlich komplizenhaft geteilt werden. Abbau der Demokratie in Tateinheit mit aggressiven Plänen gen Osten, das fasziniert diese Wissenschaftler, läßt die Schwätzer den Täter anheimmeln, der Polen militärisch befreit sehen will. (Bayernkurier 2,2, 85, Rede vom 28.4. 85)

Wir meinen, daß diesen politischen Täter die Ehrenprofessur für chilenische Rechte am ehesten kleidet.

Als man Strauß diese Ehrenprofessur zur Verdeutlichung antrat, war allen empörten Demokraten klar: Strauß hatte Stellung genommen für einen blutigen Militärputsch, der wahrlich anders war, „als wenn Franziskaner Suppen verteilen“, wie er höhnte. Die chilenische Freiheit wurde in Nürnberg bei Eröberung des KOMM in kleinstem Ansatz geprobt, wenn auch noch kein Stadion benötigt wurde.

Heute, bei der hiesigen Verleihung, ist alles sehr unklar. Warum der Hut? Warum zu diesem Zeitpunkt? Wofür? Die Phrasen der Verleihungsurkunde geben wenig Aufschluß, lediglich die Formulierung „Konstanz und Wandel politischer Grundwerte“ mag hilfreich sein, wenn man Strauß nicht als 'Wissenschaftler' sondern als Akteur betrachtet.

Wird er geehrt als selbsternannter 'Antifaschist' und äußerst verdeckter Widerstandskämpfer („Ich habe mich stets nach dem Grundsatz verhalten, daß der gefährlichere Gegner nicht der aufgefallene sondern der nicht aufgedeckte ist“). (Spiegel 23/81), der sich (Wandel) von Hitler distanziert; oder wird er von verdächtiger Seite geehrt für die Konstanz in der Wahrung der Ziele des deutschen Imperialismus?

Heute ist unklar, ob die Ehrung dem Sonthofener Schweineberg-Redner und seinem Programm zum Abbau der Demokratie dient, die ihm sowieso nicht chilenisch genug sein kann: „Die Demokratisierung der Gesellschaft ist der Beginn der Anarchie, das Ende der wahren Demokratie. Wenn die Demokratisierung weit genug fortgeschritten ist, dann endet sie im kommunistischen Zwangsstaat.“ (Dt. Allg. Sonntagsblatt 1.1. 1978)

Oder gilt die Ehrung einem alternden Ministerpräsidenten, der seine Hauptangriffe nicht auf seine Gegner, sondern auf seinen Männerfreund Kohl richtet?

Ehre für einen Kommunistenfresser, der den Herztod eines Rentners an der Grenze zur DDR (1982) 'Mord' nennt?

Oder für einen Einfädler des Milliardenkredits ans Reich des Bösen?

Ehre für den ehemaligen Offizier für wehrgeistige Führung, den Führer der rechten Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands, den Deutschenationalen, der unbedingt Gehorsam fordert?

Oder Ehrung eines, der wohl am 8. Mai 1945 mit den Westmächten zur „Befreiung“ des Ostens aufgebrochen wäre. (Bayernkurier vom 2.2. 85: „... daß die Diktatur der NSDAP in Deutschland seit 40 Jahren beendet ist, die Diktatur der KPdSU in der Sowjetunion aber nach wie vor herrscht.“)

Ehre für den Vertreter des „Rechts auf die Grenzen von 1937“ und Gegner der „Bindungswirksamkeit“ der Ostverträge?

Oder für den Vorsitzenden der „größten Friedensorganisation in der BRD, der CSU“?

So schwankt sein Charakterbild in der Geschichte, die Verleiher mögen auch etwas wirr sein und verwirrt von der Vielfalt der Erscheinungen, doch die Widersprüche lösen sich auf in dem gelungenen Schlüsselbegriff von Konstanz und Wandel, unter dem er sich immer treu bleibt als Vorkämpfer der Ziele des deutschen Imperialismus:

„Für uns heißt die Summe, diese Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird.“ (Schweineberg-Rede)

(Die Geschwister Scholl, nach denen das verleihende Institut benannt ist, sind vom vorigen Stabilitätsfaktor erster Ordnung ermordet worden.)

Warum jubeln die Schlesier bei der Nennung seines Namens? Warum setzen auf ihn gewisse Kreise der Großindustrie? Weil sie von ihm am ehesten chilenische Zustände im Innern und Expansion nach Außen erhoffen, subversiv für die „Freiheit“ Polens, der Schlesier, usw., die unerfüllten Kriegsziele des 2. Weltkriegs endlich erfüllend: eine Fortführung des Kriegs mit anderen Mitteln.

Ehrendoktor in spe: wg. „Konstanz und Wandel politischer Grundwerte“



**DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST**

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten,
Isartalstr. 24, 8000 München 5,
E.i.S.
Herausgegeben vom Anti-Strauß-
Komitee München und Regens-
burg

Doch dem Kreuz dort auf dem Laken
Fehlen heute ein paar Haken
Da man mit den Zeiten lebt
Sind die Haken überklebt

B. Brecht, Strophe 8 des Gedichts „Der Anachronistische Zug“

Rassismus ist machbar



350 Bewohner (incl. Kind und Kegel) eines kleinen 1200-Seelendorfes in der Oberpfalz kamen am 16.07.85 in die Bezirkshauptstadt Regensburg und demonstrierten gegen ihre CSU-Bezirks-Verwaltung. Organisiert hatten das die CSU-Markträte des Ortes Kastl selbst.

Die Regierung der Oberpfalz hatte in Kastl ein Haus gekauft, um dort 70 libanesischen Asylbewerber einzuquartieren. Das war für das „Demokratieverständnis“ des Kastler Marktrates zuviel. Asylbewerber als Nachbarn zu bekommen, ist für die Kastler CSU eine gravierende Entscheidung für die „Zukunft ihres Dorfes“, so daß dies ohne die Zustimmung der Bürger nicht zu geschehen hat.

Sofort nach Bekanntwerden rief der 1. Bürgermeister Hans Raab zu einer Sondersitzung des Marktrates. Ein Aktionsprogramm wurde aufgestellt:

Für den Sonntag eine Diskussion im Roten Ochsen, mit den Vorständen der Ortsvereine, den Lehrern, dem Pfarrer etc., für Montag eine Kundgebung auf dem Marktplatz mit bewährten Rednern: Dem Bürgermeister (CSU), MdB Fellner (CSU), MdL Dandorfer (CSU) und dann, wenn die Volksseele hochgekocht ist, am Dienstag die Busfahrt nach Regensburg zu einer Demonstration - wie es nachträglich hieß - gegen die Regierung.

Tatsächlich wurde demonstriert gegen die Anwesenheit ausländischer Menschen - in Regensburg das 1. Mal seit der „Austreibung der Juden“ - demonstrierten Deutsche gegen Menschen, weil sie eine andere Herkunft haben. Die CSU hatte es geschafft!

Seit 1980 wurden in der Oberpfalz systematisch Asylbewerber zwangsweise in Sammelunterkünfte eingewiesen, sie durften nicht mehr einzeln oder bei Freunden wohnen. Ihre Aufenthaltsberechtigung wurde auf den Asylort beschränkt, ihnen die Arbeitserlaubnis für zwei Jahre entzogen. Während die Asylbewerber früher einzeln in den Städten wohnten, sich um Arbeit bemühten und keinem Menschen auffielen, wurde so ein „Stein des Anstosses“ produziert. Damit hat die CSU die Basis für ihre Agitation (arbeitsscheues, herumlungendes Gesindel) selbst geschaffen. Damit diese „herumlungenden“ - weil arbeitslosen - Menschen auch noch richtig auffallen und somit die „Asylantenflut“ bestätigen, werden möglichst große Lager in möglichst kleine Dörfer gesteckt:

- 80 nach Traßlbühl (800 Einwohner)
- 60 nach Neureuth (100 Einwohner)
- etc.

In Kastl fühlt man sich bereits bei 70 Ausländern - das sind gerade 6 % - „überfremdet“. Tatsächlich ist das für die Oberpfalz eine „gewaltige Konzentration“, kommen doch insgesamt ge-

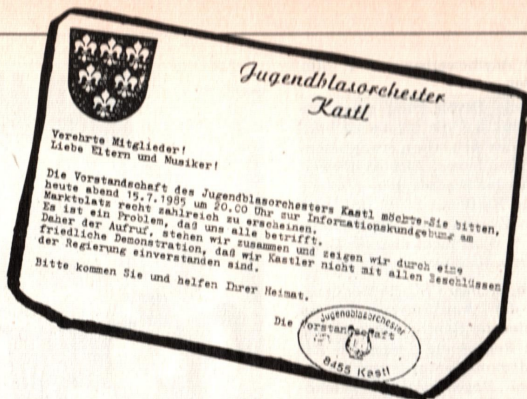


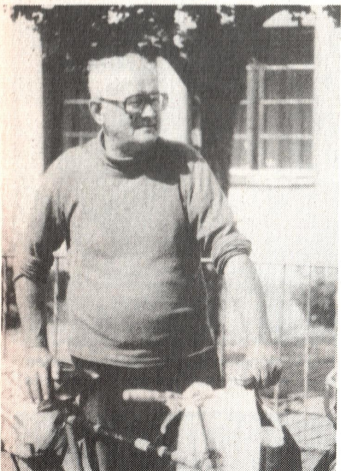
Bild unten: der Kastler CSU-OB Raab auf Beobachtungsposten mit Gleichgesinnten am Bierisch. Schwitzend mußte er mit ansehen, wie sein Dorf von den Gegnern des Rassismus „durcheinandergebracht“ wurde.



rade 900 Asylbewerber auf 1. Mill. Oberpfälzer.

Um hier die Bevölkerung gegen die Asylanflut auf die Straße zu bringen, muß man sich schon etwas besonderes einfallen lassen. Also Asylbewerber raus aus den Städten, rein in solche Dörfer wie Kastl mit 80 % CSU und laut bösen Zungen einer Bevölkerung, die zu 75 % noch nicht über die Grenzen des Ortes hinausgekommen ist.

Dann noch ein paar CSU-Redner dazu, die ihnen das „Ausländerproblem“ so richtig unter die Haut treiben. Als die Kastler in Regensburg „gegen die Regierung“ demonstrierten trugen sie ein Transparent „Regensburg ist eine schöne Stadt, weil's noch keine Asylanter hat“ - zweimal kam der Ruf nach einem neuen Hitler. Da kann die CSU doch voll zufrieden sein, wegen „der berechtigten Besorgnis der Bevölkerung“, die Asyl- und Ausländergesetze weiter verschärfen und das mit einem neuen Hitler ...



Fremde auf dem Kastler Marktplatz: Der Regensburger Aktionsausschuß gegen Zwangsarbeit und Abschiebung in Sammelager hatte zu der Kundgebung mobilisiert. Unten rechts: Asylbewerber informieren mit Dokumenten über die Folter in ihrer Heimat. Links: Wohlwollend beobachtet der altgediente SPD-Vorsitzende von Kastl die ungewohnte Szene.



So schließt sich der Kreis, wenn da nicht ...

Schlag und Gegenschlag

... in Regensburg ein Aktionsausschuß gegen Zwangsarbeit und Abschiebung in Sammelager wäre.

Dieser beschloß, wenn die CSU die Kastler Bürger nach Regensburg hollen muß, um „Asylanterflut“ und Rassismus ins Gespräch zu bringen, daß dann auch Regensburger Bürger nach Kastl gehen können, um den Bürgern dort zu zeigen, wie sie von der CSU aufgestachelt werden. Tatsächlich kam dann auch die CSU ins Schwitzen, als der

Aktionsausschuß eine Kundgebung auf dem Kastler Marktplatz anmeldete. Da würden die Bürger jetzt wieder „durcheinandergebracht“, nachdem man doch gerade eine so schöne Einheit hergestellt hatte, befürchtete der 1. Bürgermeister auf der Kastler Marktratssitzung und so reichten die Rezepte für den kommenden Samstag von überhaupt nicht hingehen (um die Sache nicht aufzuwerten) bis massiv hingehen, um die Kastler Bürger nicht den „Kommunisten“ zu überlassen.

Und tatsächlich war am Tag der Kundgebung auch der 1. Bürgermeister anwesend, um - bereits tiefe Schweißfle-

ken unter den Achseln - von Schäfflein zu Schäfflein zu rennen, die, sobald sie sich dem Marktplatz näherten, mit banalen Worten wie „ist der Bub aber wieder gewachsen“ um die Fremden aus Regensburg herumgeleitet werden sollten.

Diese Fremden auf dem Kastler Marktplatz waren Asylbewerber aus verschiedenen Ländern und Deutsche: Grüne, SPD, Kommunisten, Antifaschisten - halt alles was so ein CSU-Marktrat fürchtet.

Ca. 60 an der Zahl hatten sie unter dem Transparent „Asylbewerber informieren die Kastler Bevölkerung“, Bü-

chertisch und Ausstellung aufgebaut, verstreuten sich und begannen Flugblätter zu verteilen und mit den Passanten zu diskutieren.

Es zeigte sich, daß es in so einem 80 %-Dorf auch noch andere gibt. Leute, die die CSU für den größten Feind der Arbeiter halten. Leute, die bei einer solchen Ausländerpolitik das Christlich im Namen der CSU für eine Verhöhnung aller Christen halten. Leute, die nichts gegen Ausländer haben - „denn das sind auch nur Menschen“.

Doch es zeigte sich auch, daß in Kastl CSU-Politik auf fruchtbaren Boden fällt. Der Rassismus sitzt tief und alle von der Presse gepflegten Vorurteile kamen ans Tageslicht: „Diese dunkelhäutigen Männer nehmen uns die Mädchen weg“, das sind halt doch „Kriminelle - verlaust und verdreckt“.

Weil sich solche Vorurteile nicht an einem Samstag beseitigen lassen, sind manche Linke etwas frustriert nach Hause gefahren. Etwas aber haben sie in Kastl erreicht: Die CSU-Gegner sind ermutigt worden; die fast keinen Z weifel mehr hatten, zweifeln wieder stärker; und die, die noch nie Zweifel hatten, haben etwas an Stärke verloren - denn so mutig ist der Kastler normal-CSUler auch nicht. Sich öffentlich Ausländerfeindlichkeit vorwerfen zu lassen ist nicht jedermanns Sache, und so hatten einige Kastler vor der anwesenden Presse auf einmal „keinen Kommentar“ mehr.

Nach 3 Bemerkungen zum Schluß

1. Sollten wir und die Libanesen nicht unbedingt traurig sein, wenn sie nicht nach Kastl kommen, denn die provinzielle Enge und teilweise offene Ausländerfeindschaft ist keinem politisch Verfolgten, der in der BRD Zuflucht sucht, zuzumuten.
2. Müssen wir Deutsche uns schämen, daß Ausländer, die sich zum Teil als standfeste Antifaschisten und Demokraten gegen die Unterdrücker ihres Volkes gestellt haben, von seiten der Regierung gerade die muffige Gegnerschaft eines 80 %-CSU Dorfes gegenübergestellt bekommen und - wie in der Oberpfalz schon geschehen - den Krieg im Libanon dem „langsamen Sterben“ in deutschen Lagern vorziehen und „freiwillig“ zurückgehen.
3. Werden die Regensburger Demokraten, wenn - wie der Bezirk Oberpfalz gerade angekündigt hat - tatsächlich Asylbewerber nach Regensburg kommen, diese gebührend empfangen. Und wenn der „Widerstand“ der CSU-Oberpfalz dazu beigetragen hat, soll uns das ganz recht sein.



Am 15. Juni 1984 wechselten Polizei und Justiz diesen tiefen Blick, Aug in Aug, die Hände fest zum Bunde geschlossen. So stellte es das Anti-Strauß-Komitee in seinem Straßentheater auf dem Münchner Marienplatz dar. Gespielt wurden schwarze Münchner Geschichten über die holde Entracht vom Schwarzen Peter (Gauweiler), den Schwarzen Sheriffs und der grünen Polizei.

Gauweilers Kreisverwaltungsreferat fühlte sich schon durch die Ankündigung auf den ordentlichen Schlipps getreten und wollte Christian Lehsten als Versammlungsleiter verhindern. Lehsten gewährte nicht einen sicheren Verlauf der Veranstaltung. Das ASK wollte sein Theater, nicht dieses Theater und ließ Gauweiler durch Einstweilige Verfügung befehlen. (Die Sonnenseite der Justiz). Das Straßentheater fand statt.

Am 10. Juli 1985 gab nun das Bayerische Verwaltungsgericht der Klage des Betroffenen gegen die Auflage der Stadt München statt. Christian Lehsten darf weiter Versammlungen leiten. Seine vielfältigen Verbrechen reichen noch nicht zur Disqualifikation, besonders da sich die U naten bei näherem Hinsehen in Luft auflösen. Man kann nur froh - aber auch erstaunt - sein, wie wenig der gewaltige staatliche Überwachungsapparat seine Daten im Computer-Griff hat. Da geht es drunter und drüber. Der Rechtsvertreter der Stadt verstrickte sich in einem Wust von unrichtigen und verdrehten Behauptungen, U nterstellungen, daß selbst die fünf Herren des Verwaltungsgerichts staunten. Auch wenn nun gerichtlich geklärt wurde, daß Lehsten nicht bei allen politischen Verbrechen der letzten Jahrzehnte seine linke Hand im Spiel



hatte: begeistern kann dieses Urteil nicht. Z war ist kurzfristig die politische Absicht Gauweilers nicht durchgedrungen, mißliebige Versammlungen von Antifaschisten per Auflagenbescheid zu be- oder verhindern, aber die Begründung des Urteils schließt nicht aus, daß dies doch möglich wäre, wenn nur die Gründe ausreichten. Von solchen Lächerlichkeiten einmal abgesehen: das Brokdorfer Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterstützt voll die Rechtsauffassung des ASK und und versetzt dem Verwaltungsgericht die beliebte, weil wirkungslose schallende Ohrfeige und stellt das Grundrecht der Versammlungsfreiheit weit über obrigkeitstaatliche Schikanen der Behörden.

Trotzdem: Wir lassen uns nicht alles bieten und kämpfen um jedes Stückchen „Recht“ in dieser „Demokratie“, um uns den Boden zu erhalten, auf dem antifaschistische Politik gemacht werden kann und muß.

In einem erneuten Anfall von Schuldunfähigkeit stellte uns der ehemalige Verfassungsschützer Dr. Langemann den Entwurf eines Glückwunschtelegramms der Firma Lockheed an Franz Josef Strauß zur Verfügung:



An die
Redaktion des
Demokratischen Informationsdienstes
Anti-Strauß-Komitee

ZUR KENNNTNISNAHME

ZUR KENNTNISNAHME:

... Dem frischgebackenen Düsenflugzeug-Kapitän möchten wir zur bestandenen Führerschein-Prüfung gratulieren und gleichzeitig die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag aussprechen. In dankbarer Erinnerung an Ihren selbstlosen Einsatz für unser Unternehmen möchten wir Ihnen als Präsent einen in zwischen selten gewordenen Starfighter 104 G übergeben, dessen sturmerprobte Qualitäten Sie zu schätzen wissen. Der Martin-Baker-Schleudersitz funktioniert bisweilen.

In alter Dankbarkeit

In alter Dankbarkeit

München, 17

Dr. Langemann



Aus Anlaß des 70. Geburtstages
am 6. September 1985

**Jubiläumsmedaille
Franz Josef Strauß**



Zum 70. Geburtstag von Bayerns Landesvater, Dr. h. c. Franz Josef Strauß, wird im Bayerischen Hauptmünzamt eine Jubiläumsmedaille geprägt.

- Streng limitierte Auflage vom nur 2.500 Exemplaren in Polver
- Ausführung wahlweise aus massivem Feinsilber (1999, ca. 20 Gramm) oder reinem Feingold (24 Karat, ca. 8 Gramm).
- Prägung: Bayerisches Hauptgoldschmelzwerk, München.

Das Exemplar mit der Zeitstampsnummer 1 ist für den Bayerischen Ministerpräsidenten bestimmt. Nummer 2 wird dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv übergeben, einige weitere Exemplare werden für Repräsentations- und Archivbelange aufbewahrt.

Die übrigen Exemplare können ab sofort zu den derzeit gültigen
Subskriptionspreisen ausgegeben werden, wobei die Zuteilung
genau in der Reihenfolge des Posteinganges erfolgt. Das nume-
rierte Echtheitszertifikat und ein elegantes De-Luxe Etui sind
in Press enthalten. Für Versicherung und Porto werden pro
Sendung 3,50 DM berechnet.
Ihren Bestellzettel senden Sie bitte
bis 10. April 1981.

ausschließlich an das **33494 Wien, Zentralfriedhof**, Postfach 569,
8000 München 33, Telefon 089 26 30 65. Die Aushlieferung
beginnt ab 20. August 1985

Bestellanztrag
Jubiläumsmedaille Franz Josef Strauß

- Medaille Franz Josef Strauß**
 1. Medaille: 1. Preis für die beste Arbeit
 2. Medaille: 2. Preis für die beste Arbeit
 3. Medaille: 3. Preis für die beste Arbeit
 4. Medaille: 4. Preis für die beste Arbeit
 5. Medaille: 5. Preis für die beste Arbeit
 6. Medaille: 6. Preis für die beste Arbeit
 7. Medaille: 7. Preis für die beste Arbeit
 8. Medaille: 8. Preis für die beste Arbeit
 9. Medaille: 9. Preis für die beste Arbeit
 10. Medaille: 10. Preis für die beste Arbeit

2000-01-01

Nach der Ehrenprofessur für chilenisches Mordrecht, nach Ehrenbürgerschaft (München, nicht Chicago), Ehrendoktorwürde (Politische Wissenschaften, nicht Kriminologie) wird Franz Josef Strauß nun im Umfeld der Geburtstagsrituale mit Jubiläumsmedaillen geehrt, feudal in Feingold und Feinsilber, in bester Wittelsbacher Tradition, die er fortsetzt. Wie das befreundete Haus Wittelsbach ("Meine Eltern waren den Wittelsbachern eng verbunden.") hat sich das Haus Strauß aus kleinen Anfängen aus dem Dunkel von Geschichten heraufgearbeitet. Auf das königliche Ausmaß der Beerdigungsfeierlichkeiten und auf die Heiligsprechung darf man jetzt schon gespannt sein.